

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pfennig frei im's Haus. Einzelne Nummer mit 5 Pfennig. Sonntags-Nummer mit 5 Pfennig. Sonntags-Beilage „Neues Blatt“ 10 Pfennig. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Stenogr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6652.

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltenen Beilagen oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inerats für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr Vormittags geöffnet.

Gern Sprech-Aufschlag: Amt l. Nr. 4186.

Der Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 21. Juli 1892.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Staatssozialismus.

In der „Münchener Post“ (Nr. 161 vom 19. Juli) schreibt Bolkmarr:

In eigener Sache.

Nachdem der „Vorwärts“ in seiner Nr. 155 vom 6. d. M. den bekanntesten Angriff in Sachen des „Staatssozialismus“ gegen mich veröffentlicht hat, kommt er nun in seiner Nr. 160 vom 12. d. M. auf die Angelegenheit in einer längeren Ausführung zurück, welche er als abschließend betrachtet sehen möchte. Da ist denn Zeit, um seine Legendenbildung aufzuklären und durch eine Verschiebung des Kampfgebietes vorzubeugen, den Hergang der Sache getrennt festzustellen.

Dem Ersuchen eines französischen Publizisten entsprechend, habe ich vor etwa zwei Monaten einen Aufsatz geschrieben, welcher einen größeren nichtsozialistischen Leserkreis in Frankreich über den „Staatssozialismus“ unter Bismarck und unter Wilhelm II. unterrichten sollte. Diese Arbeit war für ein Buch bestimmt, welches die Urtheile einer Reihe von Vertretern der verschiedensten ökonomischen und wirtschaftlichen Richtungen über die gleiche Frage umfassen sollte. Da das Buch jedoch nicht erschien, brachte der Empfänger meines Briefes denselben in Nr. 25 der Pariser „Revue bleue“ vom 18. Juni zur Veröffentlichung.

Aus dieser Zeitschrift entnahm und übersehte nun, wie ich mich mittlerweile überzeugt habe, zuerst die Berliner „Tägliche Rundschau“ eine Anzahl von Stellen nach ihrer Wahl und fügte denselben einige Bemerkungen hinzu. Diesen Berichten drachten sodann die hiesigen „Neuesten Nachrichten“ im Wesentlichen zum Wiederabdruck. Das derselbe ein durchaus unzulängliches, stellenweise geradezu falsches Bild von meinen Ausführungen giebt und zwar sowohl durch das, was er bringt, als durch das, was er wegläßt, ist schon bemerkt worden.

Eine Stelle des Berichtes, auf welche es hier allein ankommt, legte mir die Worte in den Mund: Die Sozialdemokratie habe „in ihr Programm eine ganze Reihe Bestimmungen aufgenommen, die . . . man wohl als eine Annäherung an den Staatssozialismus betrachten kann.“ Nun konnte jeder Sozialist von einiger Ueberlegung und guten Treuen ohne Weiteres sehen, daß diese Worte unmöglich von mir geschrieben sein konnten, sondern offenbar in der Phantasie des Uebersetzers oder Berichterstatters ihren Ursprung haben mußten. In der That hat denn auch die Parteipresse, so weit mir bekannt geworden, in ihrer großen Mehrheit es für unzulässig gehalten, sich über jene Bericht zu erregen.

Andererseits das Zentralorgan „Vorwärts“. Eilfertig, um nicht zu sagen mit Begier, griff es den gegnerischen Bericht auf und konnte nicht einmal abwarten, bis der Verfasser das ihm zugeschriebene anerkannt oder richtig gestellt haben würde. Und an die Wiedererzählung der ihm am passendsten erscheinenden Stelle knüpfte der „Vorwärts“ sodann ohne jeden Vorbehalt die schärfsten Angriffe gegen mich.

Mein erster Gedanke angesichts einer so erstaunlichen Handlungsweise war der, mit einer geharnischten Erklärung zu antworten. Dieser Gedanke blieb jedoch unausgeführt. Denn einmal ist eine Presspolemik der Sache um so weniger nützlich und auch meinem eigenen Gefühl um so widerstrebender, je weniger sie eine sachliche Grundlage hat und je mehr sie deshalb notwendig persönlich werden muß. Sodann aber wollte ich dem „Vorw.“ durch keine, wenn auch noch so berechtigte Bitterkeit erschweren, sobald er sich von der völligen Hinsichtlichkeit seiner

Voraussetzungen überzeugt haben würde, einen loyalen Rückzug anzutreten.

Deshalb zog ich es vor, mich durch die nun in einigen Parteiblättern wie in der weiteren Presse beginnenden Unrichtigkeiten und Anspielungen nicht herausfordern zu lassen, sondern einstweilen mit der Mittheilung des Originaltextes der angefeindeten Stelle zu begnügen. Diefelbe erfolgte, wie die Leser wissen, in Nr. 150 der „M. Post“ vom 6. d. M. Wie die Redaktion bereits bemerkt hat, ist denn auch derjenige Theil der Parteipresse, welcher überhaupt auf die Sache eingegangen war, überwiegend zu der Ansicht gekommen, daß nach Veröffentlichung des wirklichen Wortlautes jeder Grund zur weiteren Erörterung wegfiel.

Man sollte denken, daß auch die Stellung, welche der „Vorwärts“ nun zu nehmen hatte, keinen Augenblick zweifelhaft sein konnte. Er hatte in seinem ersten Artikel ausdrücklich erklärt, daß ihm nur der Satz von der „Annäherung an den Staatssozialismus“ Anlaß zur Kritik geboten habe. Jetzt war der Beweis geliefert, daß eine solche Neuherung von mir weder dem „Vorwärts“ noch dem Sinne nach gethan war. Bei dieser klaren Sachlage blieb dem „Vorwärts“ nach den einfachsten Regeln der Geradheit nur ein Schritt zu thun, nämlich zu erklären, daß er sich übereilt habe und daß, nachdem sich die Hinsichtlichkeit der Voraussetzung seines Angriffes ergeben, damit selbstverständlich auch die daraus gezogenen Schlüsse in Wegfall kämen. Damit wäre die Angelegenheit in einer Weise erledigt gewesen, wie sie sich nicht nur unter Genossen gehört, sondern auch unter anständigen Gegnern aller Parteimeinungen üblich ist.

Leider hat es aber der „Vorwärts“ für gut befunden, einen anderen Weg einzuschlagen. Zwar muß er wohl oder übel nach Durchlesen des authentischen Textes „und nach Einsicht des Vollmar'schen Artikels in der „Revue bleue“ allerdings zugeben, daß die Stelle, bei welcher unsere Kritik anfing, im Original verschieden lautet.“ Anstatt aber mit dieser Erklärung zu schließen, behauptet der Verfasser mit der kleinlichen Rechthaberei, welcher das offene Bekenntnis gethanen Unrechts unmöglich ist, unmittelbar darauf wieder: jener gegnerische Bericht gebe von meiner Auffassung doch im Ganzen ein richtiges Bild.“ Man bemerke die Logik! Erst greift man mich einzig deshalb an, weil ich von einer „Annäherung an den Staatssozialismus“ gesprochen haben soll. Dann stellt sich heraus, daß der Bericht gerade in diesem Punkte ein vollkommen falsches gewesen. Und nun wird schlankwegs behauptet: das mache gar keinen Unterschied, jener Bericht sei trotzdem „im Ganzen“ richtig.

Nach dieser Leistung können die weiteren, vom „Vorwärts“ gegen mich angewandten Kampfmittel nicht mehr überraschen. Es sei hier nur eines, der Charakteristik wegen, angeführt. Ich nenne im Aufsatze unsere Partei, um nicht fortwährend das gleiche Wort anzuwenden, abwechselnd Sozialdemokratie, sozialistische Bewegung und auch „meine Partei“. Diese Art, daß der zu Nichtparteiigen sprechende Verfasser oder Redner die Partei, welcher er angehört, als seine Partei bezeichnet, ist etwas so Einfaches und Selbstverständliches, daß jede weitere Erklärung überflüssig ist. Namentlich ist diese Bezeichnungsweise eine allgemeine parlamentarische Gewohnheit und der Leser kann sie zu Hunderten von Malen in den Reden unserer sämmtlichen Abgeordneten finden. Der Verfasser des „Vorwärts“-Artikels glaubte aber etwas besonders Geschmackvolles zu thun, indem er nicht nur die beiden Male, wo dieser Ausdruck in meinem Text vorkommt, ihn durch Sperrdruck hervorhebt, sondern schließlich auch noch in seinen eigenen Worten in dreifacher Ausgabe darauf hinweist. Ich brauche nicht erst anzudeuten, welcher schwarze

Verdacht dadurch auf mich gelenkt werden soll. Es ist wirklich bedauerlich, daß ein Blatt von der Stellung des „Vorwärts“ zu Mitteln greifen kann, die ich ganz anders bezeichnen würde, wenn sie nicht gar so kindisch wären.

Soviel zur Abwehr und Kennzeichnung des gegen mich eingeschlagenen Verfahrens.

Als sachliches Ergebnis des vom Jaune gebrochenen Streites bleibt einzig die magere Thatfache übrig, daß mein Widersacher meine Auffassung über den Staatssozialismus für „irrig“ hält, das heißt, daß ich den Staatssozialismus anders definiere als er. Diese Thatfache ist allerdings unbestreitbar. Denn im „Vorwärts“ wird der Staatssozialismus kurzerhand dem „Staatskapitalismus“ gleichgesetzt, d. h. der Verfasser erblickt das Staatssozialistische lediglich in der Ausdehnung des industriellen Staatsbetriebes und hält diese für eine wesentlich verwerfliche. Diese Auffassung ist aber offenbar viel zu eng und nach jeder Richtung unzulänglich. Jedemfalls wird eine solche Frage nicht im Vorbeigehen und damit abgethan, daß man einfach das Wort Staatssozialismus für eine „Wortfälschung“ und „Falschmügerei“ erklärt. Derselbe klingende Worte, die sich regelmäßig da einzustellen pflegen, wo Begriffe fehlen, können ja auf den Unkundigen einen gewissen Eindruck machen, aber entschieden wird mit ihnen gar nichts.

Wie verschieden die Auffassung darüber, wie der Staatssozialismus zu definieren sei und welche Gefahr derselbe für unsere Partei bilde, unter Sozialdemokraten sein kann, dafür ein Beleg.

Vorher aber noch eine Bemerkung. In der gegnerischen Presse, welche sich natürlich ob des neuen Streites schon vergrößert die Hände reibt, wird die Sache vielfach so aufgefaßt, als ob durch den „Vorwärts“ der Parteivorstand gesprochen und mir „den Krieg erklärt“ habe. Dies ist durchaus unrichtig. Ein Mitglied des Vorstandes, mit welchem ich über die Angelegenheit Briefe gewechselt, theilte mir unterm 9. d. mit, daß er den Chefredakteur des „Vorwärts“ seit fast 14 Tagen nicht gesehen und gesprochen habe, wie derselbe überhaupt „in die Vorstandsbüchungen so gut wie gar nicht kommt“. Die Angriffe des „Vorwärts“ rühren demnach lediglich von diesem Blatte selbst oder richtiger gesagt — denn ein Kampf, wie der mir aufgedrängene, muß von beiden Seiten mit völlig offenem Bilde geführt werden — persönlich vom Genossen Liebknecht her, der ja seine Ausführungen zum Theile auch in offener Volksversammlung wiederholte. Damit wird auch die ganze Sache erklärlich.

Als im Vorjahre das neue Programm geschaffen werden sollte, arbeitete Liebknecht den ersten Entwurf aus, welcher im Erfurter Protokoll als „Entwurf des Parteivorstandes“ bezeichnet ist. Wer den Wortlaut desselben vornimmt, wird finden, daß sich ein ganzer Absatz, der sicende, eigens gegen den Staatssozialismus lehrt. Und viele der Leser, welche die Münchner Rede Liebknecht's am 24. September v. J. gehört haben, werden sich erinnern, welchen Werth der Verfasser des Entwurfes gerade auf diesen Absatz legte. Gleichwohl kam aber derselbe nicht in das neue Programm. Es wurde gegen ihn geltend gemacht: Das Programm habe lediglich allgemeine Sätze aufzustellen, welche auf alle Erscheinungen der Sozialpolitik Anwendung finden, nicht aber sich gegen einzelne Parteimeinungen zu wenden; vielleicht hätte eine besondere Erklärung gegen den Staatssozialismus früher einmal notwendig sein können, während heute von dieser Seite keinerlei Gefahr mehr zu befürchten sei; endlich aber könne die Bezeichnung des Staatssozialistischen in gewissem Sinne auch

Feuilleton.

Verboten.

18

Das schlagende Wetter.

Roman von Maurice Lalmeyer.

Uebersetzt von B. und A. G.

Jacquemin fuhr fort:

„Ich glaube, sie stirbt vor Hunger. Sie bettelte. Haben Sie nicht irgend etwas?“

„Der Orellepois suchte verdutzt die Taschen und machte die ihm eigene gemüthlich verneinende Bewegung der Kinnbacken und sagte nur:

„Es ist schon etwas spät, aber — — — vielleicht . . .“

„Ja, sagte Jacquemin, ich verstehe. Ich werde sie nach ihrer Wohnung tragen.“

„Lassen Sie mich mal sehen,“ sagte Orellepois plötzlich und lenktete Ghilaine nah' ins Gesicht. Und er rief aus: „Die Blödsinnige!“

Jacquemin wich nicht von der Stelle. Der Scheinwirth sagte zuerst nichts und fuhr endlich mit kaltem Tone und den Namen des Steigers schallend laut betonend fort:

„Steiger Jacquemin, drin sind Freunde, die Ihnen helfen können, wenn Sie sie nach Hause tragen wollen.“

„Danke,“ sagte Jacquemin, indem er Ghilaine ein wenig aufhob, sie ist nicht schwer.“

„Wie Sie wollen, mein Junge.“

Und der Wirth rief sehr laut:

„Gute Nacht, Steiger Jacquemin.“

Indessen machten sich die Ghilaine nervöse Zuckungen bemerklich. Der Herr Orellepois aber lehnte zu seinem Hause zurück, stieg die drei Stufen am Eingange hinauf, lehnte sich um und rief noch einmal mit familiär grüßender Handbewegung: „Steiger Jacquemin!“

Dann stieß er die Thüre auf und verschwand in der Kneipe.

Jacquemin empfand das wie eine Befreiung. Schnell umfaßte er Ghilaine, hob sie empor und richtete sich dann selbst auf, um sie wie ein schlafendes Kind eilig die Straße hinab zu tragen. Zuweilen fühlte er die Hände der Blödsinnigen sich zusammenballen, wie zwei kleine weiche Krallen und mit der verzweiflungsvollen Wuth einer Sterbenden sich an ihn anklammern.

Er lief fast in einem Athem bis zur Sambre, wandte sich nach der Richtung der Sadgasse hin, und als er sie erreicht hatte, erklimmte er sie so schnell als möglich, stieß die Thür des Erdgeschosses auf und trat ein. Er fürchtete, daß er mit der Last in den Armen stolpern würde, aber obgleich er fühlte, wie ihn seine Kräfte beim Herumtappen verließen, suchte er in dem finstern schmutzigen Raume das Bett.

So viel er sich erinnerte, befand sich dasselbe im Hintergrunde des Zimmers, der Thür gegenüber. Er schritt langsam nach dieser Richtung hin und stieß in der That nach wenigen Schritten darauf. Mit der einen Hand betastete er es, konnte aber nichts darin finden. Er suchte das Kopfkissen und entdeckte, daß die Bettdecke immer noch darüber ausgebreitet war, und daß das ärmliche Bett noch ebenso war, wie er es vor Monaten gesehen.

Er mattet wie er war, deckte er es auf, schlug die Laken zurück und legte Ghilaine sanft hinein, deren krampfhaft zusammengezogene Finger nun von seinem Rode sich lösten. Und dann deckte er sie zu, damit sie sich erwärme.

Darauf sammelte er im Dunkeln die Ueberreste von Holz und Kohlen, die auf der Erde herumlagen, zündete ein Feuer in dem kleinen Ofen an, horchte, ob Ghilaine sich bewegte und hörte sie athmen, als ob sie einschlafen würde. Dann ging er fort, und blaß, erschöpft, beinahe zusammenbrechend kam er zu Hause an.

Es war die Zeit des Abendessens, und der Tisch war gedeckt. Niemals vielleicht war ihm die glückliche Ordnung und die helle gesunde Sauberkeit seines Hauses so aufgefallen und noch nie hatte er sich so unglücklich gefühlt. Eine weiße hübsch bemalte Porzellanschüssel erglänzte auf dem Tische unter dem hellen Licht der Lampe, die blanken gestrichenen Holzstühle erschienen so licht, wie frisch gestrichene Strohhütten auf dem Lande, die von der aufgehenden Sonne bestrahlt werden. Vom Ofen her ließ sich ein anheimelndes Knistern hören, und selbst die Wände schienen Unschuld, Frieden und Glück zu athmen. Jacquemin sah das Alles, die weiße Schüssel, das bereitstehende Abendessen, und alle die hübschen Sachen ringsum, und es drang ihm wie ein fürchtbarer Stich ins Herz. Dann aber war es ihm, als ob die Thränen, die ihm in die Augen treten wollten, sich in seinem Herzen in Stein verwandelten. Er fühlte plötzlich, daß an die Stelle seines Mitleids, seines Schmerzes mit sammt allem Leiden, Weinen und Lieben ein kalter Haß getreten war, ein entsetzlicher Haß, ein Haß gegen alles, was sein Schicksal verschuldet und sein Unglück herbeigeführt hatte. Er ging durch das Zimmer nach der Thür, schloß dieselbe zu, ohne zu wissen warum und benahm sich, wie wenn ihn Fiebergluth gepackt hätte. In diesem

auf verschiedene Maßregeln angewendet werden, welche wir zur Zeit selbst anstreben müßten. Der letztere Einwurf wurde insbesondere vom Verfasser dieses selbst vertreten; wer seine diesbezüglichen Ausführungen eingehender kennen will, braucht bloß die „Münch. Post“ Nr. 226 vom 4. Okt. v. J. nachzuschlagen, wo er zugleich den Beweis findet, daß ich schon damals dieselben Gedanken über den Staatssozialismus gedankt habe, welche jetzt in der „Nouvelle bleue“ stehen und nun wie etwas Neues hingestellt werden.

Begreiflicher Weise war Liebnecht dieser Gang der Dinge nicht erfreulich, wovon ihm Niemand einen Vorwurf machen wird. Werden doch wenige Genossen in der Programmkommission und im Parteitag gefesselt haben, welche nicht auf ein oder den andern Programmwunsch verzichten müßten; und auch ich bedauere, daß in einem oder dem andern Punkte nicht so beschloffen wurde, wie ich es für richtiger gehalten hätte. Aber wohin sollte es führen, wenn jeder Genosse bei der ersten passenden oder unpassenden Gelegenheit, und noch ehe die Tinte des Programmes trocken geworden, hartnäckig wieder auf seinen Lieblingswunsch zurück käme und dies noch dazu in solcher Weise unter persönlichen Angriffen gegen diejenigen, welche an der Verwerfung seines Antrages mitgewirkt haben?

Wenn Liebnecht glaubt, daß ein Bedürfnis zu einer neuen Erörterung der Frage des Staatssozialismus vorhanden sei, so habe ich nichts dagegen einzuwenden. Möge er vorangehen und, z. B. in der „Neuen Zeit“ oder wo es ihm sonst beliebt, seine Beweisfälle aufstellen und begründen. Ich werde ihm dann gerne zu Diensten sein und mit der Antwort nicht auf mich warten lassen. Dagegen halte ich den Vorschlag, die Frage auf dem nächsten Parteitag zu erledigen, für zwar recht wohlgeint, aber unpraktisch. Denn die Entscheidung über eine wesentlich theoretische Frage, wie die vorliegende, liegt doch offenbar auf dem Wege wissenschaftlicher Untersuchung.

Wie immer man es aber auch damit halten möge, so irrt Liebnecht jedenfalls sehr, wenn er meint, daß nunmehr für eine weitere Pressepolemik kein Grund vorhanden sei. Erst ausfallen, den Streit in das eigene Lager und in die weitere Öffentlichkeit tragen, und dann, wenn es Funken giebt, nicht mehr mithun wollen: das soll in einer Partei, welche Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit als die „Grundlage für das Betragen aller ihrer Mitglieder untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen“ erkennt, doch nicht Brauch werden!

Ich stelle es dem „Vorwärts“, der es ja für seine Pflicht erklärt, seinen Lesern „das ganze zur Beurtheilung notwendige Material zu unterbreiten“, anheim, in wie weit er auch von vordiehendem Noth nehmen zu müssen glaubt.

Den Lesern aber theile ich mit, daß angesichts des um meine Ausführungen erbobenen Streites nunmehr mein Aufsatz in seiner Gesamtheit auch im deutschen Original in Kürze erscheinen wird, so daß die Leser dann am besten werden selbst urtheilen können.

Vollmar.

Die Redaktion des „Vorwärts“ hat zu den sachlichen Ausführungen des Vollmarischen Artikels Folgendes zu bemerken. Da es uns darauf ankommt, eine urkundlich genaue Darlegung des Streitstandes zu geben, so sei zuerst der Sachverhalt der „Annäherung an den Staatssozialismus“ der Gegenstand einer so einfachen, wie einleuchtenden Textvergleiche. Und zwar seien nebeneinandergestellt, was die „Münchener Neuesten Nachrichten“ sagen, das was Vollmar in der „Revue bleue“, in welcher der Vollmar'sche Brief erschienen ist, das was Vollmar in der „Münchener Post“ vom 6. Juli sagt:

„Neueste Nachrichten“:

„Auch ich bin der Ansicht, daß die sozialistische Partei keinen Grund hat, mit ganz besonderer Erbitterung die Idee vom Staatssozialismus selbst zu bekämpfen. Unsere Partei hat im Gegentheil in ihr Programm eine ganze Reihe Bestimmungen aufgenommen, die die stufenweise Vorbereitung einer besseren sozialen Organisation zum Zwecke haben, und die man wohl als eine Annäherung an den Staatssozialismus betrachten kann. Auch bei der neuen Redaktion unseres Programms 1891 zu Gefurt haben wir uns geweigert, einen Artikel aufzunehmen, wie man uns vorgeschlagen hatte, der sich gegen den Staatssozialismus richtet.“

Vollmar in der „Revue bleue“, S. 789:

„Folglich bin ich der Ansicht, daß die sozialistische Partei keinen Grund hat, mit ganz besonderer Erbitterung den Gedanken des Staatssozialismus selbst zu bekämpfen. Unsere Partei hat im Gegentheil eine ganze Reihe von Plänen dazu bestimmt, gradweise eine bessere gesellschaftliche Organisation vorzubereiten, versuchten und in ihr Programm aufgenommen, welche die Reihe der Pläne) man wohl als eine Annäherung an den Staatssozialismus betrachten kann. Dies giebt die Erklärung dafür, daß wir uns in der endgültigen Redaktion des neuen Programms auf dem Erfurter Kongreß im Jahre 1891 geweigert haben, einen uns vorgeschlagenen Artikel aufzunehmen, der sich gegen den Staatssozialismus richtet.“

*) Der französische Text lautet: „Aussi suis-je d'avis que le parti socialiste n'a aucun motif de combattre avec un acharnement tout particulier l'idée même du socialisme d'Etat. Notre parti a, au contraire, soutenu et porté à son programme toute une série de projets destinés à la graduelle préparation d'une meilleure organisation sociale et que l'on

Die drei Texte nebeneinander gestellt, geben Jedem Gelegenheit zu prüfen, ob denn wirklich, wie Vollmar behauptet, von ihm „der Beweis erbracht“ ist, daß „eine solche Neußerung von mir (Vollmar) weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach gelton war.“ Thatsächlich stimmen dem Sinne nach die drei Lesarten durchaus überein, nur daß die Fassung der „Revue bleue“ und der „Münchener Post“ wenn möglich noch schärfer und unzweideutiger ist.

Lud um jedem Einwand sogleich die Spitze abzubrechen, so sei festgestellt: Vollmar beklagt sich zwar („Münchener Post“, Nr. 150 vom 6. Juli) über die „Mangelhaftigkeit“ des „Berichts“ der „Neuesten Nachrichten“ und erklärt („Münchener Post“ vom 8. Juli): „Der „Vorwärts“ wird aus dieser Gegenüberstellung (der Vollmar'schen Lesart, von uns wiedergegeben in Kolonne 3 der Uebersicht, und des Textes der „Neuesten Nachrichten“) sehen, mit welchem Geschick das Bourgeoisblatt übertragen hat.“ Aber nie und nirgends, so sehr er die schlechte Uebersetzung der „Neuesten Nachrichten“ tadelt, wendet er sich gegen den französischen Urtext, der am 18. Juni erschienen ist, sobald ihm, wenn er Anlaß dazu gehabt hätte, Zeit und Gelegenheit genug geboten gewesen wären, richtig zu stellen oder zu demintieren. Der Text der „Revue bleue“ ist demnach ein klassisches Beweismittel, so daß wir keine Ursache hätten, uns um „das deutsche Original“, das auf dem Schreibtisch Vollmar's derweilen im Stillen gelegen, zu kümmern. Aber was er aus diesem „Original“ der Originale in der „Münchener Post“ wiedergiebt, bestätigt die Richtigkeit unserer Auffassung. Der Kern seiner Ausführungen bleibt: Das Erfurter Programm nähert sich in einer Reihe von Punkten dem Staatssozialismus, und deshalb ist ein gegen den Staatssozialismus gerichteter Artikel nicht in das Programm aufgenommen worden. So sicher Vollmar dies geschrieben hat, so sicher liegt hier eine doppelte objektive Unwahrheit vor. Es ist nicht wahr, daß das Programm staatssozialistische Forderungen aufstellt, und, wohlgemerkt, Vollmar spricht in seinem Aufsatz in der „Revue bleue“ von dem preussisch-deutschen Imperialsozialismus. Es ist nicht wahr, daß die Programmkommission den Artikel gegen den Staatssozialismus aus dem von Vollmar angegebenen Grunde abgelehnt hat. An Ohrenzeugen, die den Sachverhalt kennen, fehlt es nicht.

Trotzdem stellt Vollmar den Thatbestand auf den Kopf, er leugnet, was schwarz auf weiß gegen ihn zeugt. Um mit Vollmar zu reden, „es ist wirklich bedauerlich“, daß er „zu Mitteln greifen kann, die wir ganz anders bezeichnen würden, wenn sie nicht gar so kindisch wären.“

In der That, Vollmar hat wahrlich Anlaß, sich über die „Uloyalität“ des „Vorwärts“ zu beschweren. Es genügt ihm nicht, dem Staatssozialismus seine staatsmännische Reuerenz zu erweisen. Er geht noch weiter, und er hütet sich, in seiner letzten Erklärung diese Frage auch nur mit einer Silbe zu streifen. Wir übergehen seine Ausführungen über Bismarck und Wilhelm II., die im besten Falle alte Gemeinplätze sind, soweit sie nicht grundsätzliche und geschichtliche Irrthümer enthalten. Am Schlusse seines Aufsatzes in der „Revue bleue“ (S. 792) sagt er den Inhalt seines Gedankenganges zusammen. Da liest man:

„Man sieht, daß eine Regierung sehr stark und eine

Moment bemerkte er, daß Babette blaß im Hintergrunde des Zimmers stand und hörte sie sagen:

Was ist Dir Vater? Du bist so sonderbar. Du kommst so spät. Was ist denn geschehen?

Er sagte auf's Gerathewohl:

Ich wäre beinahe von einem Forderwagen getödtet worden.

Ich glaubte, Du wärest zum Herrn Bürgermeister gegangen?

Man hörte jezt, daß Jemand sich bemühte, die Thür zu öffnen.

Wer kommt? schrie Jacquemin.

Mein Gott, sagte Babette zitternd; es ist wahrscheinlich Toubeau.

Warum Toubeau?

Er kommt zum Abendbrot. . . Er war schon gegangen, warum Du nicht kommst — — Er kann die Thür nicht öffnen. Du hast ja den Schlüssel umgedreht.

Ja?!

Ja, gewiß!

Das wäre!

Ich werde öffnen.

Es war in der That Toubeau. Jacquemin warf ihm einen drohenden Blick zu und dann verschwand er auf eine Weile in einer Kammer, kam zurück, als hastig ohne ein Wort zu sprechen, nahm allmählig eine süßere Ruhe an und Babette wagte vor Angst kaum zu athmen, als er plötzlich sagte:

Babette, morgen früh werde ich sehr zeitig fortgehen; ich muß eine Reise machen. Am Abend brauchst Du nicht auf mich zu warten.

Eine Reise?!

Ja!

Morgen?

Ja, morgen.

Du wirst doch nicht lange bleiben?

Jacquemin schien nachzudenken und antwortete:

Zwei Tage. Nebemorgen spät in der Nacht werde ich wieder da sein. Nach kurzem Stillschweigen fügte er hinzu:

Während dieser zwei Tage wirst Du so wenig wie möglich aus dem Hause gehen.

Ein neues Schweigen folgte. Dann erwiderte Babette:

Toubeau wird mir das Nöthige besorgen.

Toubeau! sagte Jacquemin in leidenschaftlicher Erregung halblaut wie zu sich selbst.

Er machte ein paar Schritte, setzte sich neben den Ofen und wiederholte laut:

Toubeau, laß uns allein!

Zwei Thränen blinkten in Toubeau's Augen, er stand auf, sah Jacquemin schmerzlich beströmt an, und ging, wie gewöhnlich in die Kammer, die ihm, als er vor fünf Monaten zu neuem Leben erwachte, wie ein Paradies erschienen war.

Er schloß die Thür hinter sich. Dann wandte sich Jacquemin zu Babette und sagte auch zu ihr mit harter Stimme:

Laß mich allein!

Babette ging hinaus und er blieb allein.

Die Ereignisse stießen stets mit einander in gewissen Bezügen. Babette hatte zweifellos die Blicke auf ihn gezogen, und das, was sie gethan, hatte die Reugier der Leute im Dorfe erweckt. Das aber, was ihn jezt am aller-schlimmsten bedrohte, was ihn aus dem Lande jagte, ihn zurückwarf in das Lagabundenleben, — das war das Wiederanstehen einer Minute aus seiner Vergangenheit, und seine Vergangenheit trug zwei Namen, und die hießen Toubeau und Chilaine. Ja, von seiner Seele hatte beim Andenken an das Gute, das er gethan, das er gewollt, die Empfindung eines schredlichen unversöhnlichen Hohnes Besitz ergriffen. Eine innere Stimme rief: Einsaltspinsel! Du

Bourgeoise sehr schwach sein kann, aber nur so lange, als die wirtschaftlichen Interessen der letzteren nicht in Frage kommen. Deshalb kann es keine wahrhafte Sozialreform ohne oder im Gegensatz gegen die sozialistische Bewegung geben, besonders in einem Lande wie Deutschland, wo diese Bewegung durch eine wohlorganisirte und selbstgeschlossene Partei repräsentirt wird, die bewußt auf ihr Ziel losgeht und mit ebensoviel Umsicht wie Thatkraft zu handeln versteht. Statt dessen wird meine Partei noch immer als Feind betrachtet; als ein Feind, gegen den man nicht mehr, es ist richtig, die von Bismarck angewendeten Mittel gebraucht, aber dessen Niederlage — um ein Wort des Kanzlers Caprivi zu gebrauchen — das treibende Motiv jedes Gesehntwurfs, jeder vorgeschlagenen Maßregel ist. Welche Erfahrungen wird man machen müssen, um endlich zu begreifen, daß die alleinige Kampfweise gegen den Sozialismus die ist, seinen gerechten Forderungen nachzugeben, um zu begreifen, daß der Sozialismus, weit davon entfernt, eine Gefahr für die Zivilisation zu sein, vielmehr ein nothwendiges Werkzeug der Wiedergeburt der Menschheit ist?

Dieser Schluß ist eine Elegie. In gefühlvollem Ton fordert Vollmar die Regierung auf, nicht länger die Exekutive der Bourgeoise zu sein, bittet er den Klassenstaat aufzuhören, Klassenstaat zu sein. Mit Einem Federstrich wandelt er den Klassenkampf, den das Proletariat gegen die Besitzenden führt und kraft der geschichtlichen Entwicklung führen muß, in eine friedsam-idyllische Auseinandersetzung, bei der die Herrschenden nur ein klein wenig nachzugeben haben. Das große Drama des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse erscheint ihm als ein Idyll, in welchem zu guter Letzt Philemon Klassenstaat und Baucis Arbeiterklasse ein behagliches Stilleben führen. Mag das Erfurter Programm, mag die moderne Arbeiterbewegung, mag Theorie und Praxis auch dabei in die Brüche gehen, Vollmar macht den Gemaltheberer sanfte Vorwürfe, daß sie uns für Feinde der heutigen Zustände, für ihre Gegner halten. Wir sind ihre Feinde, und darum ist es unsere Aufgabe, unser Recht, unser Stolz, gegen den Kapitalismus und seine politische Organisation so lange zu kämpfen, bis er fällt.

Was Vollmar am Schlusse sagt, ist nicht mehr Staatssozialismus. Es ist Regierungssozialismus.

Jedes Jahr in der politisch todtten Zeit ein Pronunciamiento und ein Streikhandel Vollmar's, jedes Jahr ein Schritt weiter nach rechts. Wo Vollmar heute steht, wissen wir. Wie weit er sich bis zum nächsten Sommer entwickelt haben wird, werden wir sehen.

Sollte er aber dann sagen, daß wir uns von ihm mehr und mehr entfernen, so falle er leiner Eimeinstückung zum Opfer! Wir stehen, wo wir standen, er aber ist von uns fortgerückt.

Wohlan, will er nicht sitzen auf der Bank der revolutionären Sozialdemokratie, so ist dies seine ureigene Sache!

Für die deutsche Sozialdemokratie aber gilt des florentinischen Dichters Wort:

„Sein werd' ich, was ich war,
Und leben werd' ich, wie gelebt ich habe.“

Erklärung.

Vollmar hat in dem vorstehenden Artikel ein Zitat aus dem Briefe eines Vorstandsmitgliedes wiedergegeben. Das nöthigt mich zu einer Erklärung, da jener Brief, aus dem Vollmar zitiert, von mir herrührt.

Vollmar schreibt:

„Ein Mitglied des Vorstandes, mit welchem ich über die Angelegenheit Briefe gewechselt, theilte mir unter dem 9. d. mit, daß er den Chefredakteur des „Vorwärts“ seit fast 14 Tagen nicht gesehen und gesprochen“ habe, wie derselbe „überhaupt in die Vorstandssitzungen, so gut wie nicht kommt.“

Der dieses Zitat liest, muß glauben, daß ich Liebnecht der Pflichtverletzung habe beschuldigen wollen. Nichts aber lag mir ferner als dieses. Vollmar giebt die Stelle in einem Zusammenhang wieder, daß sie einen ganz andern Sinn erhält, als sie in meinem Briefe besitzt.

Der zitierte Sachstand in meinem Brief als Antwort auf briefliche Neußerungen Vollmar's, wonach er annahm, daß ich in unangesehtem Verkehr mit der Redaktion des „Vorwärts“ bez. mit Liebnecht persönlich stehe und demnach von Allen unterrichtet sei, was in der Redaktion des „Vorwärts“ vorgehe, und meine Bemerkungen hatten keinen andern Zweck, als diese Meinung Vollmar's als irrig darzutun.

wolltest nur Deine Pflicht thun. Du hast Dich aufgeopfert, jezt wirst Du dafür bestraft. Sei's drum! Gewiß, da er durchaus vom Schicksal zerschmettert werden sollte, hatte es ihn so recht fest gepackt, zu einer möglichst schlecht gewählten Stunde; und das, was ihn niederschmetterte, war nicht das dereinstige Verbrechen, sondern seine Neue in der Gegenwart. Wenn er sich nicht eines Tages dadurch einen Menschen zum Feinde gemacht hätte, daß er einem Knopfwirthe seine betrunkenen Gäste abweidig machte, wenn er nicht thörichte Weise darauf verzichtet hätte, mit den Anderen gemeinsame Sache zu machen, in ihrer Sittenverwilderung, ihrem Eieid und ihrer Schande, so hätte Niemand im Lande ihn verurtheilt; und wenn er Toubeau hätte untergeben lassen, wenn er ihm nicht zu seinem eigenen Unheil das Leben gerettet und nicht in seinem Hause aufgenommen hätte; wenn er Chilaine nicht ernährt und ihr Dasein gebracht hätte; wenn er nur, nachdem sie einem so schlimmen Geschick überantwortet, es nicht hätte beschwören wollen; wenn er im Gegentheil, nachdem er sie durch seine Unthat so schwer getroffen hatte, er diese vollendet hätte durch sein Vergessen, so hätte er wohlgenuth hierbleiben können, rubig geachtet und sogar glücklich. Man hätte nicht über Babette geredet, und sie hätte ihn nicht der Bosheit preisgegeben, das Geheimniß, welches man zu errathen, seine Vergangenheit, sein falscher Name, den man zu durchschauen begann, alles das hatte ein Ereigniß verschlimmert, was, soweit es ihn anging, nichts Schlimmeres war, als ein nicht mehr gut zu machender Leichtsin. Und so ward er denn selbst zu Grunde gerichtet. Man grüßte ihn nicht mehr. In nächster Zeit schon konnte er kein Brot mehr finden und dann mußte er auf dem Punkte anlangen, daß seine Ersparnisse erschöpft wären und daß er Hunger und Noth leiden und leben mußte, wie seine Tochter hungerte und desgleichen Noth zu leiden hatte. Und alles das, weil er seine Pflicht erfüllt und weil er, obschon ihm

Dah nun Bollmar ohne jede Veranlassung und ohne daß er sich für verpflichtet hielt, zuvor mir ein Wort davon zu sagen bez. mich um meine Einwilligung anzufragen, Stellen aus einem Privatbrief von mir tendenziös ausnimmt, ist ein Verbrechen, für das ich nur die schärfste Zurückweisung habe, und ich habe auch Veranlassung genommen, dies Bollmar in der ungeschminktesten Weise zu sagen.

Bollmar klagt den „Vorwärts“ an, daß er ihn gegenüber illoyal verfahren sei, er hatte alsdann um so mehr Ursache, sich nicht einer Kampfweise zu bedienen, welche dieselbe Auflage gegen ihn rechtfertigte.

Berlin, den 20. Juli 1892.

A. Bebel

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Juli.

Ämtliche Statistik. Dem soeben erschienenen statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, herausgegeben vom kaiserlichen statistischen Amt, XIII. Jahrgang 1892 seien vorläufig einige allgemein interessante Angaben entnommen. Auf 1000 der mittleren Bevölkerung im Deutschen Reich kamen im Jahre

Jahr	Ehe-schließungen	Geborene	gestorbene	Mehr geborene als gestorbene
1890	8,03	36,97	25,95	11,38
1889	8,03	37,90	25,13	12,77

Von 100 Geborenen waren unehelich

Jahr	1877	1882	1887
8,7	9,3	9,4	
1878	1883	1888	9,3
8,7	9,2	9,3	
1879	1884	1889	9,3
8,8	9,5	9,3	
1880	1885	1890	9,1
9,0	9,5	9,1	
1881	1886		9,5
9,1	9,5		

Der Auftrieb seit 1877 ist ein stetiger, seit 1887 ist eine nicht ins Gewicht fallende minimale Abnahme zu verzeichnen. Je mehr Ehehindernisse vorhanden sind, desto zahlreicher die unehelichen Geburten, deren Ziffern ab- und zunehmen im umgekehrten Verhältnis zur wirtschaftlichen Prosperität. — Ueber den Fortschritt des Großbetriebs unterrichtet die Statistik des Branntweinbezirks. Die Zahl der gewerblichen Brauereien betrug 1873: 10 927, die von ihnen gewonnene Menge Bier 19 654 Hektoliter; im Etatsjahre 1890/91 gab es 8054 gewerbliche Brauereien, die 32 279,5 Hektoliter erzeugten. — Beim Betriebe der normalspurigen Eisenbahnen mit Ausschluß des Werkstättenbetriebs wurden verletzt

Jahr	1887/88	1894
	1888/89	1447
	1889/90	2462
	1890/91	2990

Personen

Es betrug der Verbrauch auf den Kopf der Bevölkerung an:

Jahr	Branntwein	Bier
1887/88	4,4 Liter	97,9 Liter
1889/90	5,4 "	97,5 "
1889/90	5,8 "	106,8 "
1890/91	5,5 "	106,8 "

Die Getreideerträge ergaben:

Jahr	Ertrag	des gesammten Zollbetrages
1887	46 479 000 M.	= 17,1 pCt.
1888	57 167 000 "	= 19,7 "
1889	98 740 000 "	= 27,4 "
1890	111 440 000 "	= 28,2 "
1891	107 140 000 "	= 27,2 "

Auf den Kopf der Bevölkerung betrug die Getreideerträge 1887: 98,8, 1888: 119,8, 1889: 201,9, 1890: 225,4, 1891: 214,6 M. — Die Anzahl der unfallversicherungs-pflichtigen Betriebe betrug im Jahre 1890: 1. gewerblich: 390 622 mit einer Durchschnittszahl von 4 926 672 der versicherten Personen. 2. landwirthschaftliche Betriebe mit einer Durchschnittszahl von 8 088 698 der versicherten Personen. Und diese unter 2 ausgeführte Durchschnittszahl giebt nur einen ungefähren Ueberblick über den Umfang der landwirthschaftlichen Unfallversicherung im Jahre 1890, da sie auf die Berufszählung vom 5. Juni 1882 sich gründet. Ein Wink für die Bedeutung der Landagitation! Nachlässigens Weiteres! —

Das Zentrum und die Vergarbeiter. Aus welchen Beweggründen die Ultramontanen die gewerkschaftlichen Arbeiterverbände und vor Allem die proletarischen Kerntruppen des Westens, die Grubenarbeiter, für sich zu gewinnen suchen, erläutert folgendes an die Gewisslichen gerichtete vertrauliche Rundschreiben der

keine irdische Strafe drohte, die Gefahr auf sich genommen hatte, zu thun, was er für Recht hielt.

Der Jörn erwachte in ihm, Fieberhitze stieg ihm in die Schläfen. Er schwankte einen Augenblick zwischen Lachen und Schluchzen, und plötzlich, nachdem er tief darüber nachgedacht und gegrübelt hatte, erinnerte er sich der Blödsinnigen, zu der er noch in derselben Nacht hatte zurückkehren wollen, und er sagte sich mit boshafter Freude, unerschütterlich entschlossen, daß er Philaine verlassen wolle, daß Loubeau von nun an nicht mehr für ihn existirenbranche, daß er sich um Beide nicht mehr kümmern wolle, als um die anderen Elenden des Dorfes. Er wollte das Band verlassen, er wollte ihren Namen aus seinem Gedächtniß und aus seinem Gewissen auflöschen, und da sie sein Unglück gewesen waren, wollte er auch nicht mehr ihre Vorsehung sein.

Was seine Tochter betraf, so hatte er seinen Entschluß gefaßt. Es war unmöglich für sie, länger in Pont-sur-Cambre zu bleiben. Sie mußte fort von hier. Er kannte in Brügge Jemanden, dem er hoffte, Babette augenblicklich anvertrauen zu können. Er hatte sich zu der Reise entschlossen, um vorher die Frau aufzusuchen, und dann wollte er bei seiner Rückkehr in einigen Stunden seine Angelegenheiten ordnen und mit Babette verschwinden.

Nach und nach wurde Jacquemin ruhiger. Er dachte noch ein paar Minuten kalblütig über all das nach, wozu er sich entschlossen hatte, sah nach der Uhr und fühlte ein lebhaftes Bedürfniß nach Ruhe, löschte daher die Lampe aus und ging zu Bett. Er fühlte seine Seele von bitterer Befriedigung erfüllt und von der Kette befreit, mit der er sich freiwillig fünf Monate lang gefesselt gehalten hatte. Uebermüdet, fast gebrochen, schlief er ein.

(Fortsetzung folgt.)

Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland. Es lautet:

Zentralstelle des Volksvereins für das kath. Deutschland.

M. Glatbach, den 12. Juli 1892.

Vertraulich!

Hochgeehrter Herr!

Von der Ueberzeugung geleitet, daß der von den christlichen Bergleuten an der Saar gegen den sozialdemokratischen Vorstand des Rechtschutzvereins geführte Kampf einer energischen Unterstützung bedarf, und daß bei einer Niederlage ihrerseits die dortige Arbeiterbewegung der sozialdemokratischen Parteileitung in die Hände fallen dürfte, hat der Vorstand des „Volksvereins für das katholische Deutschland“ sich gern bereit erklärt, durch Entsendung von Rednern, Abhaltung von Versammlungen, Vertheilung von Flugchriften u. a. den kämpfenden Hilfe zu leisten. Nach einem von Herrn Dechant Desterling in Dudweiler und Herrn Rechtsanwalt Döhmer in St. Johann gegebenen Pläne, der Hr. Hochwürden bekannt ist, sollen in allen Pfarreien zum Zwecke eines geeinigten Vorgehens Vertrauensmänner unter den Bergleuten gewählt werden. Nach einer Vorversammlung derselben in St. Johann soll ebenda in nächster Zeit eine Hauptversammlung stattfinden, für welche der Volksverein ausübrige Redner (die Herren Wiese, Werden, Hise, Fuchs u. a.) gewinnen wird. Unmittelbar darauf werden an den bedeutendsten Orten des Saarreviers Versammlungen mit Rednern beschickt werden. Die Verbreitung passender Flugchriften oder Flugblätter ist in Aussicht genommen.

Indem wir Hr. Hochwürden ersuchen, unsere Bemühungen geneigtest zu unterstützen, bitten wir ebenso höflich wie dringend, im Sinne des von Herrn Dechanten Desterling versendeten Zirkulars, die Wahl von Vertrauensmännern gütigst zu treffen, damit auf der am nächsten Sonntage in St. Johann stattfindenden Versammlung derselben eine kräftige und organisierte Aktion eingeleitet werden kann und die spätere große Versammlung sich glänzend gestalten.

Ihres Interesses für unsere Bestrebungen in dieser dringlichen Angelegenheit uns versichert haltend, zeichnen

Hochachtungsvoll
Der Vorstand des Volksvereins für das kath. Deutschland.

Frz. Brandt jr., 1. Vorsitzender.

H. Hise, Generalsekretär.

Das schwarze Aufgebot wird unter die Fahne gerufen, um den Fortschritt der Arbeiterbewegung aufzuhalten, und die Bergleute des Saarreviers in das Garn des Zentrums zu loden. Mit Hilfe der Herren Pastöre, die ihren antilich Einfluss, ihre Beziehungen zu den Schächlern, Beichtstuhl und Hausbesuch in die Waagschale werfen werden, will der Ultramontanismus die Gewerkschaftsbewegung „katholischen“, das heißt in den Dienst der Pfaffen und Junker stellen. An dem Klassenbewußtsein der Bergleute, das erst kürzlich in der großen Bildstock-Versammlung so glänzend sich bekundet hat, wird auch dieser neue Plan des „Sozialpolitikers“ Hise und seiner Gefolgschaft scheitern. Aber als „schätzbares Material“ ist das Schriftstück hoch zu bewerten. —

Die Versöhnung. Bismarck hat der „Kölnischen Zeitung“ ihren bettelhaften offiziösen Eifer vorgezückt; die Frau Hirtig von Köln hat ihm erwidert, sie sei eine eheliche Frau, dem er sie habe ihn längst einmal nicht als Gelegenheitsmacherin gedient. Jetzt singt Frau Hirtig auf ihren alten Geschäftsfreund wieder Jubellieder, und er bedient sich ihrer für seine lieblichen Bedürfnisse. Pack schlägt sich, Pack verträgt sich! —

In Sachen Bismarck. In der „National-Zeitung“ (Nr. 430 vom 20. Juli) veröffentlicht der bekannte Geheimrath Dr. Hinzpeter folgende Erklärung: „Die „Hamburger Nachrichten“ brachten am 5. Juli d. J. einen längeren Artikel, der den folgenden Passus enthielt: „Windhorst braucht die Information über die Wahl des Herrn von Caprot zum Nachfolger des Fürsten Bismarck nicht an dem Munde des Kaisers gehabt zu haben, wohl aber verfügt das Zentrum über manche Verbindungen bei Hofe, auch abgesehen von der französischen und katholischen Frau eines der Zeit des Kanzlerwechsels bei Hofe sehr angelegene Pädagogen.“ Ueber den gewiß eigenthümlichen Geschmack dieser Information will ich lieber kein Wort sagen; es würde auch in jeder Beziehung zu weit führen. Ich will mich damit begnügen, zu erklären: Meine Frau ist nicht katholisch; sie hat nie in ihrem Leben ein Wort mit einem Mitgliede des Zentrums gesprochen, und sie ist im Frühjahr 1890 nicht einen Augenblick in Berlin gewesen. Diese Verächtlichkeit gebe ich nur mit Widerstreben und nur ganz ausnahmsweise in der Erwägung, daß es nützlich sein dürfte, auch das größere Publikum in den Stand zu setzen, sich über den historischen Werth der Darstellungen der „Hamburger Nachrichten“ ein Urtheil zu bilden.“

Daß der wüthende Alte von Friedrichruh wie telegraphirt lägt, ist allgemein bekannt. Der von ihm jetzt gepflegte Hintertreppen-Klatsch bekundet nur den Tiefstand seiner geistigen Verfassung. So sicher es ist, daß der „historische Werth“ seiner Darstellungen ein negativer ist, so mag dieser kleine Beitrag zu dem unerforschlichen Kapitel Bismarckischer Geschichtsklängen der Vollständigkeit wegen gebucht werden. —

Das Landgut am Chiemsee. Anspruchslos, ein Muster der Selbstlosigkeit, ein guter Dasser aller Ruffiger, hat Fürst Bismarck Donation auf Donation eingesäet, Bismarckspenden zusammengeschmarrt, Rittergüter sich schenken lassen. Bloß im Interesse des Staatswohls war er Minister für das jetzt einen Landrathskreis bildende Herzogthum Laubenburg und bezog für seine aufreibende Thätigkeit neben seinen 100 000 M. Gehalt ein Einkommen, das viermal so hoch war, als ein Landrathsbgehalt. Und als endlich 1876 die Personalunion zwischen Preußen und Laubenburg aufgehoben und das Herzogthum in einen Landrathskreis umgewandelt wurde, ließ dieser nichts weniger als geldhungrige Vaterlandsfreund von dem knocheligen preussischen Landtage sich einen Ruhegehalt, eine Pension von 6000 M. als laubenburgischer Minister a. D. bewilligen. Kluger Geschäftsmann, wie er ist, schätzt er Denkmäler niedriger als Rittergüter oder Landgüter, die im Grundbuch verzeichnet sind, eine Rente abwerfen und den Reichthum handgreiflich mehren. In Riffingen hat er längst gekauft, die Gegend des Chiemsees, jenes schönen oberbayerischen Sees, gefalle ihm sehr gut, er hätte Lust, sich dort anzusiedeln. Daß ein Idealist wie Bismarck nicht auf seine Kosten solche Pläne verwirklicht, leuchtet ein. So wird denn das Komitee zur Errichtung eines Bismarckdenkmals demnächst zusammentreten „in erster Reihe, um zu erwägen, ob nicht das Bismarckdenkmal vom Starnberger See nach dem Chiemsee verlegt werden soll, in zweiter Linie aber auch, ob statt eines Bismarckdenkmals die disponible Summe nicht lieber

zum Ankauf eines Landgutes am Chiemsee verwendet werden soll“. Fürst Bismarck war als Reichskanzlers für den Bankfürsten Bleichröder stets zu sprechen, unangemeldet durfte dieser wahlverwandte Genieus dem „Sakularmenschen“ nahen; über die höchsten und lechtesten Fragen haben damals diese beiden Geister ihre Gedanken ausgetauscht. Und der Austausch ist der Jubelgriff. Wie schade, daß im Englischen Austausch (Exchange) auch Würfe heißt! Heute verzichtet er auf den tothen Marmor und nimmt aufopfernd das lebendige, Proffit heckende Landgut. Meint der Alt-Reichskanzler, er sei nun zur Genüge ausgehauen? —

Vor der eignen Thür kehren. Dumme Jungen und böse Bubens haben in Grevenbroich (Rheinprovinz, Regierungsbezirk Düsseldorf) auf dem jüdischen Friedhof Grabsteine beschädigt und jüdischen Händlern Ladenscheiben eingeworfen. Natürlich sind solche schmachliche Ausschreitungen zu verurtheilen. Jedoch die „Kölnische Zeitung“ kleidet es fürwahr trefflich, wenn sie (Nr. 587 vom 19. Juli) wehleidig jammert: „Wenn die Depe in bisheriger Stil weiter geht, darf man sich freilich nicht darüber wundern, daß der Böbel die antisemitische Weisheit in seiner Weise aus der Theorie in die Praxis überträgt.“ Denn sie treibt, paßt es ihr in den Kram, recht niedlich ihre antisemitischen Scherzchen. Für die brutalen Gewaltthaten der von ihren Gesinnungsgenossen angemordeten Eislebener Todtschläger, für die Landfriedensbrecher in Blumberg und für andere Bubensstreiche hat die „Kölnische“ Nichts übrig: Die Gemüthshandelten sind freilich Sozialdemokraten. —

Zentralbureau für die Sklavenfrage. In der Generalakte der Brüsseler Antisklaverei-Konferenz haben sich die betheiligten Mächte verpflichtet, einander gegenseitig alle zur Bekämpfung des Sklavenhandels dienlichen Auskünfte mitzutheilen. Zu diesem Zwecke sollen die betreffenden Regierungen in bestimmten Zwischenräumen die auf die Anhaltung und Befreiung von Sklaven bezüglichen statistischen Angaben, sowie die zur Unterdrückung des Sklavenhandels im Wege der Gesetzgebung getroffenen Maßregeln gegenseitig austauschen. Zur Regelung dieses Austausches hat nun die belgische Regierung in ihrem auswärtigen Ministerium ein Zentralbureau errichtet, wovon auch die deutsche Reichsregierung in Kenntniß gesetzt worden ist. Säge es nicht näher, wenn die belgische Regierung, in deren Bereich ein wahres Paradies des Ausbentertums sich aufgethan hat, ein internationales Zentralbureau für die Vohnskavereifrage errichtete? Reicher, erschöpfender Stoff im eigenen Lande und draußen steht zu ihrer Verfügung. Und unsere Reichsregierung, so bereit, africanische Sklavenstatistik zu machen, thäte besser, die deutsche Vohnknechtschaft durch ein eigenes arbeitsstatistisches Bureau untersuchen zu lassen. —

Prijibram. Im Prijibramer Kohlenbezirk herrschen noch die alten unerträglichen Zustände. Da die Arbeiter dagegen Einspruch erhoben, wurden sie folgerichtig durch l. k. Gendarmen mit blanker Klinge zur Einsicht in die Nothwendigkeit jener Mißstände erzogen. Gehen wieder hunderte von braven Grubenleuten in dem fiskalischen Werk zu Grunde, so wird das liberale Parlamentsgesinde einmüthig mit der Rechten der Regierung eine Verbeugung machen und für die „Helden“ eine Darmortafel bewilligen. —

Hörigkeit in Bosnien. Die Verpflichtung zum Frohndienst ist durch Beschluß der Landesregierung in Bosnien und der Herzegowina angebellig aufgehoben worden und zwar vom Jahre 1893 ab. Die Robotpflicht macht die Bewohner jener Bezirke zu Staatshörigen. Vom 18. bis 60. Lebensjahre müssen sie sechs Tage jährlich unentgeltlich öffentliche Arbeiten verrichten und überdies jedes Lastthier für dieselbe Zeitdauer zur Verfügung stellen. Werden die armen Vandarbeiter von dieser Last nun ohne Weiteres befreit, die ihre Unterdrücker ihnen gewaltthätig aufgewälzt haben? Nein! An Stelle des Naturaldienstes tritt vielmehr eine Geldabgabe, die den kleinen Leuten die Herrlichkeiten der heutigen Geldwirtschaft, Zwangsvollstreckung und Auspöndung ins Haus bringt und ihren Verfall beschleunigt. Die Robotpflicht für Lastthiere ist „ohne jede Erleichterung“ bestimmt. —

Französische Bourgeoischmerzen. Den Gegenstand der heftigsten Angriffe von Seiten der Bourgeoispreste bildet der kürzlich erschienene Ruf zur Beschädigung des sozialdemokratischen Kongresses zu Marseille. Der Aufruf, zu dessen Unterzeichnern u. a. die Genossen Ferroul, Guesde und Lafargue gehören, läßt in der That an Schärfe und Klarheit der Sprache und der Gedanken nichts zu wünschen übrig. Es erinnert an das Jahr 1879, wo sich zum ersten Mal das französische Proletariat auf dem damals stattfindenden Pariser Kongresse als Klasse fühlen lernte und beschloß, eine eigene, allen Bourgeoisgruppen entgegengesetzte politische Partei zu bilden. Es erinnert gleichfalls an die am 1. Mai 1892 erfolgten Wahlen, die es jetzt anzunehmen gilt; letztere Aufgabe, die neugewählten sozialistischen Gemeinderäte zu planmäßiger und zentralisierter Thätigkeit zu vereinigen, wird eine der wichtigsten des Kongresses sein. Außerdem soll namentlich die Frage der Propaganda auf dem Lande ernstlich erörtert werden. Um Material hierzu zu erhalten, hat der Nationalrath der Partei Fragebogen versandt, mit Hilfe derer man eine Statistik über die ländlichen Verhältnisse, über die Vertheilung des Grund und Bodens, über die Lage des Kleinbauern, des Pächters, des ländlichen Tagelöhners u. s. w. aufstellen will. — Der Kongress wird am 24. September eröffnet werden und bis zum 28. September dauern. Ihm wird sich eine große öffentliche Versammlung anschließen, in der man die Beschlüsse des Kongresses vorlesen und erläutern wird. Die Tagesordnung des Kongresses lautet folgendermaßen: 1. Bericht des Nationalrathes über die Lage der Partei und ihre Thätigkeit während des verflossenen Jahres (Streiks, Wahlen, Presse u. s. w.). 2. Bericht der Delegirten über die gewerkschaftlichen und politischen Verhältnisse in ihren Gemeinden. 3. Der erste Mai 1893. 4. Der internationale Kongress zu Zürich. 5. Die nächsten legislativen Wahlen. 6. Die sozialistischen Gemeinden und das Programm von Lyon. 7. Propaganda und Organisation der Partei auf dem Lande. —

Französischer Spioneprozeß. Aus Paris wird gemeldet: Ein Prozeß wegen Hochverrats, verbunden mit Spionage, ist gegen den Inhaber des Kriegsskizzen von

Burde und dessen deutsche Geliebte, welche wichtige Waffenmodelle neuester Konstruktion entwenden haben sollen, eingeleitet worden. Beide sind verhaftet. Die Waffenmodelle und die wichtigsten Dokumente über Landesverteidigung sind vorgefunden worden. —

Sittlicher Dynamitprozess. Das Depeschen-Bureau Gerold meldet unterm 20. Juli aus Lüttich: Die Angeklagten beschuldigen sich gegenseitig. Der bereits früher verurteilte Hanssen belastet alle Uebrigen auf das Schwerste, während jene erklären, Hanssen stehe im Dienst der Polizei. Hanssen's Belastungen erweisen sich theilweise als erfunden. Der allgemeine Eindruck bleibt dagegen der, daß alle Angeklagten gemeinsam operiert haben. Der bekannte Anarchist Merlino, welcher als Berichterstatter des Anarchistenblattes „Der freie Mensch“ gegenwärtig verhaftet ist, wird ausgewiesen. Lockspiegel, Pourbaix in neuer Auflage, das ist offenbar auch in diesem Prozess der Rehrreim. —

Italien. Unsere italienischen Genossen werden ihren ersten Nationalkongress am 14. und 15. August dieses Jahres in Genoa abhalten; die Tagesordnung desselben ist folgende: 1. Beziehungen des Zentralkomitees der Partei zum internationalen Arbeitsekretariat für Italien. 2. Diskussion und Abstimmung über die Parteistatuten und Erneuerung des Zentralkomitees. 3. Gründung des Parteiorgans. 4. Vorschläge betreffs des internationalen Kongresses in Zürich. 5. Organisation eines nationalen Gewerkschaftskongresses. 6. Bestimmung des Ortes, wo der zweite Nationalkongress stattfinden soll. —

Sozialistischer Parteikongress in Valencia. Die spanische Arbeiterpartei wird ihren diesjährigen Nationalkongress nächsten Monat in Valencia abhalten. — Auf Palma de Mallorca, der Hauptinsel der spanischen Balearen-Gruppe, erscheint seit Anfang Juli zum ersten Mal ein sozialdemokratisches Wochenblatt unter dem Titel „La Bandera roja“, „Die rothe Fahne.“ —

Entsetzlich schreckensvolle That. Elisee Néclus, der weltberühmte Geograph, alter Sozialist, Kommunar und Deportirter von 1871, ist am 20. Juli in seine neue Stellung als Professor an der Universität Brüssel eingeführt worden. Sämmtliche Schlafmühen beider Welten sind ins Wasser gerathen, die Gänsehaut ist epidemisch in der Professorenwelt, kaltes Fieber schüttelt sämtliche deutsche Kultusminister. So etwas kommt bei uns nicht vor. Das hiesige die Revolution auf das Katheder sehen. Welche von uns, Satanas! So lautet das akademische Stohgebet beim Volke der Dichter und Denker“, die so sehr nervenschwach sind, wie z. B. der Senat der Münchener Hochschule, die über den „Vorwärts“ die Acht und Aberacht verhängt. —

Frei-Rußland. Zu dem Artikel über „Frei-Rußland“ (Nr. 166 vom 19. Juli) tragen wir hiermit nach, daß diese auf's Wärmste zu empfehlende Zeitschrift durch die Post (Postzeitungskatalog Nr. 2272b) zu beziehen ist. —

Prozess Beltshew. Nach zehnstündiger Verhandlung faßte, wie der offiziöse Telegraph meldet, der Gerichtshof am 19. Juli folgenden Beschluß: Milaroff, Poppoff, Georgiess und Alexander Karaguloff werden zum Tode, Basiljoff, Djudjoff und Bobokoff zu 9 Jahren, Stoicoff zu 16 Monaten, Lepavoff zu 5 Jahren, Karaveloff zu 5 Jahren, Sitantschew zu 3 Jahren und Belkoff zu 15 Jahren Gefängnis verurtheilt. Grigor Karaguloff, Makedonski, Moloff, Karastojanoff, Nojaroff und Miloff werden freigesprochen. Rußland ist der eigentliche Schuldige, er dang die Mörder, die den bulgarischen Minister Beltshew menschlich tödteten, er organisirte die Verschönerung gegen das bulgarische Gemeinwesen, und in den Augen der zivilisirten Welt ist der Zarismus als Bandit, als Wegelagerer wieder einmal gerichtet. —

Von der Cholera. Am 17. Juli sind in Astrachan 268 Cholera-Erkrankungen und 182 Todesfälle, in Sjarowan 109 Erkrankungen und 78 Todesfälle, in Sjamara 56 Erkrankungen und 46 Todesfälle, in Kasan 2 Erkrankungen und 1 Todesfall vorgekommen. In Jarizyn erkrankten am 16. Juli 124 Personen, von denen 70 starben. Bis zum 18. Juli sind in Woronesch von 4 Erkrankten 2 gestorben. Auf den Stationen der Woronesch-Moskow-Bahn sind zu demselben Tage 34 Personen erkrankt und 20 gestorben. In Moskow erkrankten am 12. Juli 35 Personen. Von diesen starben 12. In Asow, wo 18 Personen erkrankten, sind 9 gestorben. Zur Zeit liegen dort noch 22 Personen an der Cholera darnieder. Die Anzahl der Erkrankungen in der Umgegend der genannten Städte ist bedeutend geringer. — Ein Erlass des Zaren betreffend die Einfuhr aus Zentralasien ist am 19. Juli veröffentlicht worden. Darnach müssen Baumwolle, Wolle, sowie andere Waaren und Gegenstände an der Grenze desinfizirt werden, während die Einfuhr roher Häute, Därme und roher Früchte (Limonen und Granaten ausgenommen) überhaupt verboten wird. Reisende, welche aus Zentralasien kommen, unterliegen einer siebenstägigen Beobachtung. Aber das Elend und der Schmutz, die Greuel der Massenquartiere und die Auszehrung des Volks sind durch einen Maß nicht aus der Welt zu schaffen. — Die Cholera ist im französischen Norddepartement in Saint Martin aufgetreten. — Das Aussteigen der Zwischendecks-Auswanderer auf den Hamburg-Bahnhöfen ist zur Verhütung der Einschleppung von Epidemien polizeilich verboten worden. Die Auswanderer werden direkt in die Nähe der Auswandererschiffe gefahren und bleiben bis zur Einschiffung in besonders eingerichteten Baracken am Amerilaquat. Sind die Kajütenpassagiere, die reichen Leute, denn seuchenfrei? —

Soziale Ueberblick.

Zum preussischen Gewerbesteuer-Gesetz vom 24. Juni 1891, und zwar bezüglich der §§ 10, 12 und 15 erläßt der Finanzminister unterm 11. Juli a. e. folgende Bekanntmachung:

1. für die Gewerbesteuer-Klasse I bilden je einen Veranlagungsbezirk:
 - a) die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schleswig-Holstein, Hannover und die Stadt Berlin, mit dem Sitz des Steuerausschusses in Königsberg bezw. Danzig, Potsdam, Stettin, Posen, Schleswig, Hannover und Berlin;
 - b) die zu einem Veranlagungsbezirk vereinigten Regierungsbezirke

- a) Merseburg und Erfurt mit dem Sitz des Steuerausschusses in Merseburg,
 - b) Münster und Minden mit dem Sitz des Steuerausschusses in Münster,
 - c) Koblenz, Trier und Nahe mit dem Sitz des Steuerausschusses in Koblenz;
3. jeder der nachbenannten Regierungsbezirke für sich: Breslau, Posen, Opperl, Magdeburg, Arnberg, Gaffel, Wiesbaden, Düsseldorf und Köln mit dem Sitz des Steuerausschusses am Sitz der Regierung.
- Die Zahl der Mitglieder der Steuerausschüsse der Gewerbesteuer-Klasse I wird für die Veranlagungsbezirke: Berlin und Hannover auf 12, Königsberg, Danzig, Posen, Posen, Posen und Opperl auf 6, für alle übrigen Veranlagungsbezirke auf 9 festgesetzt.
- II. Für die Gewerbesteuer-Klasse II bildet jeder Regierungsbezirk und die Stadt Berlin für sich einen Veranlagungsbezirk mit dem Sitz des Steuerausschusses am Sitz der Regierung beziehungsweise in Berlin.
- III. Für die Gewerbesteuer-Klasse III bildet die Stadt Berlin und in der Regel jeder Kreis für sich einen Veranlagungsbezirk.
- Die ausnahmsweise bestimmte Vereinigung mehrerer Kreise zu einem Veranlagungsbezirk für Klasse III wird durch die betreffenden Regierungen zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.
- IV. Für die Gewerbesteuer-Klasse IV bildet ausnahmslos jeder Kreis und die Stadt Berlin einen Veranlagungsbezirk.
- V. Die festgesetzte Mitgliederzahl der Steuerausschüsse der Klassen II, III und IV wird von den betreffenden Regierungen öffentlich bekannt gemacht werden.

Ueber die Situation in Pennsylvania schreibt uns unser Newyorker Korrespondent unterm 6. Juli: Die pennsylvanischen Eisenmagnaten haben sich also doch nicht durch die republikanischen Politiker bestimmen lassen, mit den geplanten Lohnreduktionen — deren Nothwendigkeit sie durch die sich zunehmende Konkurrenz des Südens mit seinen billigen Arbeitskräften begründen — bis nach der Präsidentenwahl zu warten. In und um Pittsburg, dem Centrum der Eisenindustrie, sind sämtliche Eisen- und Stahlwerke geschlossen und dadurch ca. 100 000 Arbeiter beschäftigungslos geworden, bis sie die neue „Lohnskala“ akzeptieren. Von den in den ganzen Vereinigten Staaten vorhandenen 400 Walzwerken stehen 250 still. Der bekannte „Bhilanthrop“ Carnegie hat ebenfalls eine allgemeine Lohnreduktion angekündigt, in Folge dessen in seinem Werke zu Homestead 3500 Arbeiter im Streik sind. Das ganze Werk ist in den letzten Wochen in eine Art Festung verwandelt worden. Rund herum zieht sich eine zwölf Fuß hohe Mauer, oben mit Eisenschädeln versehen, die, wie es heißt, event. mittels eines starken elektrischen Stromes geladen“ werden können. In kurzen Abständen sind in der Mauer Löcher angebracht, deren Eigenschaft als Schießscharten angesehentlich ist. Im Mittelpunkt des Werkes erhebt sich ein hoher Thurm, von dessen Galerie aus die ganze Umgebung beobachtet werden kann. Um das Werk laufen die Geleise der zwei, Homestead betriebsfähigen Eisenbahnen; die Stationen derselben befinden sich zwar außerhalb der Umzäunung, doch glauben die Streikenden, daß die Einbeziehung der Geleise in die „Festigungslinie“ den Zweck hat, etwaige mit der Bahn eintreffende „Scabs“ ungeduldet anzuhalten zu können; sie haben danach Vorkehrungen getroffen, sie dennoch abzuhalten.

Carnegie behauptet, jederzeit genügend „Hände“ erhalten zu können, und bei der Arme Arbeitlosen, welche besonders Pennsylvania aufzuweisen hat, ist dies auch nicht zu bezweifeln. Wie Carnegie seinerseits erklärt, handelt es sich für ihn nur um einen Ausgleich zwischen den sehr differirenden Löhnen, da durch die in den letzten Jahren stattgehabten technischen Vervollkommnungen in der Stahlproduktion die bisher von den höchstbezahlten Arbeitern geleistete Arbeit von jedem ungelerten Arbeiter ebenso gut geleistet werden könne. Sehr interessant sind die Aussagen eines in Homestead ansässigen Arztes über den Stand der Dinge gegenüber einem Berichterstatter der „New-Yorker Volksztg.“, und es ist werth, sie im Wesentlichen mitzutheilen. „Diesen Kampf habe ich schon lange erwartet“, sagte er, „er mußte kommen. Einzelne sucht die Firma sich mehr Bewegungsfreiheit zu schaffen, um durch Lohnreduktionen noch billiger zu produzieren zu können und ihre Mitbewerber schneller zu besiegen, andererseits hat die technische Entwicklung solche Fortschritte gemacht, daß die notwendige Geschicklichkeit sehr reduziert und leicht erlernt werden kann. Es ist natürlich, daß der Kapitalist eine solche günstige Stellung für sich auszubedenken sucht, daher seine Bestrebungen, an den 8, 10, 15 und 20 Dollar hohen Löhnen herunter zu schneiden. Er will die alte Klassifikation der Arbeiter beseitigen und eine einführen, die mehr den technischen Fortschritten angepaßt ist. Dagegen können die Arbeiter auf die Dauer nicht ankämpfen, das beweist die Geschichte der Arbeiterbewegung. Die „Amalgamated Association“ (die Gewerkschaft der in Frage kommenden pennsylvanischen Arbeiter) hat sich bisher den Zeufel um die unteren zahlreicheren Schichten ihrer Nebenarbeiter gekümmert; es waren nur die Aristokraten des Gewerks, welche geschützt wurden. Hier hat die Kompagnie Fogor Arbeitern 2,50 Doll. pro Tag gegeben, wo die Amalgamated Association einverstanden war, daß dieselben nur 1,50 Doll. erhielten.“ —

Hier warf der Berichterstatter ein, daß ja dann die Kompagnie durch ihr Vorgehen die Rolle eines revolutionären Faktors vertere. „Gewiß“, antwortete der Arzt, „ich betrachte diese Vorgänge als sozialistisch; ich habe mich öfters über diese geschwollenen Aristokraten unter den Eisenarbeitern hier geäußert, wenn sie so bar aller Solidarität gegen ihre schlechter bezahlten Nebenarbeiter waren. Jetzt setzt diese Kompagnie ihre ganze Macht ein, um die Verhältnisse mehr zu equalisieren und erzeugt dadurch einen mehr solidarisichen Geist unter denselben. Daneben bringt sie aber auch den Arbeitern mit Keilschritt bei, daß nur durch eine Umgestaltung der Verhältnisse sie sich ein menschenwürdiges Dasein dauernd erobern können.“ — Ueber den Ausgang der Sache meinte er: „Wenn keine politischen Einflüsse einen Vergleich herbeiführen, dann wird eine Armee Pinkerton's und die Miliz oder das reguläre Militär einschreiten, um die Zusage der Stabs zu erzwängen. An Arbeitskräften fehlt es nicht; täglich melden sich solche, die erklären, daß sie lange außer Arbeit, daher bereit sind, jede Arbeit anzunehmen.“

Die Streikenden haben einen „republikanisch-demokratischen Club“ gegründet und erklärt, ihre Stimme für den demokratischen Präsidentschaftskandidaten abgeben zu wollen. Bisher waren sie eingeschlossene „Schutzläufer“.

Demerit sei noch, daß 700 der ungelerten Arbeiter, welche von der Lohnreduktion nicht betroffen wurden, ebenfalls die Arbeit niederlegten, also mehr Solidaritätsgefühl an den Tag legten, wie in der Regel bei den „Aristokraten des Gewerks“ zu finden war.

Versammlungen.

Wäschebranche. Am 13. d. M. tagte der Verein aller Arbeiter und Arbeiterinnen in der Wäschebranche. Es wurde zunächst der Vierteljahresbericht erstattet. Die Decharge-Ertheilung für den Kassierer setzte man aus, da die Revisoren noch nicht revidirt hatten. Sie entschuldigten dies damit, daß nichts zu revidiren gewesen sei, welche Erklärung zu einer erregten Debatte führte. Aus der dann vorgenommenen Neuwahl der Revisoren gingen die Herren Mundt, Drescher, G. und Wolffram

als gewählt hervor. Herr Mundt ersuchte hierauf diejenigen Vorstandsmitglieder, welche dem Verein als solchen bereits im Jahre 1891 angehört und über das Vermögen des Vereins (in Summa 577 M.) widerrechtlich zu Gunsten des Herrn Grasshold, und zwar zu dessen Geschäftsweckem verfügt hätten, sich darüber zu äußern, ob sie es nicht vorzögen, ihr Amt als Vorstandsmitglieder niederzulegen, da eigenmächtige Schändner des Vereins nicht zu gleicher Zeit Vorstandsmitglieder sein könnten. Herr Grasshold als Vorsitzender lehnte dies entschieden ab, weil der Vorstand sich seiner Schuld bewußt wäre. Als hierauf Herr Herrg Herrg Herrg Grasshold entgegen hielt, daß die Handlungsweise des damaligen Vorstandes, welcher aus den Herren Grasshold, Koopman, Schleisinger, Frau Kullowksi und Fräulein Löchelt bestand, eine durchaus ungehörige sei und der Vorstand aus dem Jahre 1891 das „Vermögen“ habe, die Organisation des Vereins zu Grunde gerichtet zu haben, erklärte Herr Grasshold im Namen der übrigen aus dem Jahre 1891 anwesenden Vorstandsmitglieder (Frau Kullowksi und Fräulein Löchelt), sowie für seine eigene Person, daß sie unter diesen Umständen ihr Amt als Vorstandsmitglieder niederlegen müßten, was denn auch ohne Widerpruch angenommen wurde. Hierauf bat Herr Mundt den jetzigen Kassierer Herrn Gunt mit Zustimmung darüber, ob es richtig sei, daß in einem Vierteljahresbericht im Jahre 1891 der Kassierer Herr Koopman 1000 Briefklober mit dem Betrage von 110,40 M. liquidirt habe. Herr Gunt bejahte dies, erklärte aber dabei, es sei ihm mündlich die Mittheilung gemacht worden, daß in dieser Summe Unterhaltungsgeelder inbegriffen wären. Belege jedoch seien hierfür nicht vorhanden. Herr Mundt erwiderte, wenn ihm hierfür nicht Belege vorgelegt würden, müsse er annehmen, daß der Verein demogelt worden sei. Sollten sich die Belege noch finden, so nehme er diese Worte zurück, jetzt liege aber dazu keine Veranlassung vor. Es wurde darauf beschlossen, den Verein als solchen vorläufig zu vertagen und die übrigen Vorstandsmitglieder im Verein mit den Revisoren zu verpflichten, den Vereinsmitgliedern alle 3 Monate von der finanziellen Lage des Vereins Mittheilung zu machen, ferner wurde die Erhebung der monatlichen Beiträge vorläufig eingeleitet, jedoch gehen jenen, die zur Zeit Mitglieder des Vereins sind, ihre Rechte nicht verloren.

Eine öffentliche Versammlung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins verhandelte am 17. Juli über die Gründung eines Unterstützungsvereins. Herr Gadegast legte der Versammlung einen Statutenentwurf vor, wonach die neue Organisation heißen soll: „Arbeiten-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Bau- und gewerbliche Hilfsarbeiter Berlins“. Der Entwurf wurde mit kleinen Abänderungen einstimmig angenommen und dann zur Wahl eines provisorischen Vorstandes geschritten. Aus derselben gingen hervor die Herren Gadegast als erster und Kandale als zweiter Vorsitzender, Noeding als Kassierer und Veredder als Schriftführer. Interessenten werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, die nächste Versammlung wird im „Vorwärts“, Berliner Volksblatt, bekannt gemacht werden und es sind dazu alle Diejenigen, welche sich für den Verein interessieren, schon im Voraus eingeladen.

In Weißenfee fand am Dienstag Abend eine von circa 1000 Personen besuchte Volksversammlung statt. An Stelle des erkrankten Referenten Paul Singer sprach Genosse Richard Fischer unter dem Vorfall der Versammlung über das angelegte Thema: „Anarchismus und Sozialismus“. In der Diskussion trat der „unabhängige“ Petersdorf gegen dessen Führung auf, hielt sich aber in wohlthätigen Gegensatz zu der sonst üblichen „unabhängigen“ Art der Diskussion vollständig auf dem Boden sachlicher Auseinandersetzung. Nach einem Schlusswort Fischer's nahm die Versammlung mit allen gegen ein paar Stimmen folgende von Genossen Posselt eingebrachte Resolution an:

„Die heute im Saale des Herrn Sterneder in Weißenfee tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, das Gehörte in jeder Beziehung und an jeder Stelle zum Ausdruck zu bringen, um so dem Sozialismus bez. der sozialdemokratischen Partei als einzig revolutionärer Partei zum Siege zu verhelfen und dadurch die Menschheit endlich vom Druck des kapitalistischen Individualismus zu befreien.“

Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung um Mitternacht.

Depeschen.

Lemberg, Mittwoch, 20. Juli. Die amtliche „Gazeta Zwornicka“ meldet, wegen der Cholera-gefahr seien in allen Orten Galiziens Sanitätskommissionen gebildet; in die Grenzorte Brody, Podwoloczyska und Szczelawa seien Ärzte entsendet. Aus den Berichten der Grenzbehörden geht hervor, daß die Einwanderung aus den verheulten Gegenden äußerst gering und in Befürchtungen kein Anlaß sei.

Wien, 20. Juli. Das Abgeordnetenhaus nahm das Valutas Anleihegesetz und des Konversionsgesetzes in zweiter Lesung mit großer Majorität an. Damit sind sämtliche Valutavorlagen erledigt, was mit Bravorufen begrüßt wurde. Der Finanzminister wurde von vielen Seiten beglückwünscht.

London, 20. Juli. Ein allgemeiner Ausstand der Arbeiter auf den Schiffswerften und den Marinewerksstätten von Sunderland wird telegraphisch hierher gemeldet. Die Schiffswerfte kündigten eine 3-6-prozentige Lohnkürzung an, welche die Arbeiter ablehnten und ihrerseits kategorisch die Einführung des Achtstundentages verlangten.

Briefkasten der Redaktion.

- J. A., Essen, Lindenallee.** Das kommt ganz auf den betreffenden Menschen an.
- K. C., Friedenstraße.** In Nordamerika besteht Zweifel. In Milwaukee wird sich höchst wahrscheinlich ein Konsulat befinden.
- J. J., Lindenstr. 20.** Wenden Sie sich direkt an den Bürgermeister Zelle.
- Kirchhener.** Sie haben unserer Ansicht nach nur bis zum Herbst Kirchenrentern zu entrichten.
- H. W. A. 19 C.** Zehntellig.
- H. C. 103.** In Preußen besteht Erbschaftsteuer. Ueber die andere Sache können wir Ihnen nur mündliche Auskunft ertheilen.
- H. A. G.** Zu mündlicher Auskunftvertheilung sind wir bereit.
- M. B. 100.** Sie müssen Ihre Wohnung in den Tagelunden zur event. Beschäftigung bereit halten.
- F., Heinrichsplatz.** Sie müssen die Alimente zahlen.
- H. W., Schöneberg.** Lassen Sie die Hirsch-Dunder'schen so viel schwächen, als sie wollen. Ernsthaftige Beachtung verdienen diese Leute nicht.
- Friedrich Krüger, Birkenstr. 10.** Wir bitten um Ihren Besuch (von Abends 6 Uhr ab).

Parteiinrichten.

Wie notwendig die Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts zu den Gemeindevertretungen ist, geht deutlich aus einem Bericht hervor, welcher der in Sant erscheinenden „Nordwest“ aus Sande bei Bergedorf zugehört wurde. Derselbe lautet: Am 19. Mai fand in unserer Gemeinde die Wahl von drei Gemeindevertretern statt. Zum besseren Verständnis des Nachfolgenden schicken wir voraus, daß die Gemeinde Sande an Wohnern etwa 2500 Seelen zählt, von denen ungefähr 70 bis 80 wahlberechtigt und wählbar sind, weil sie ein, wenn auch noch so kleines eigenes Haus besitzen. Davon ist nämlich das Wahlrecht abhängig. Alle Nicht-Hausbesitzer, und mögen sie noch so viel Steuern bezahlen, sind nicht wahlberechtigt. Die Wähler wählen nach dem bekannten Dreiklassen-Wahlrecht, je nach Maßgabe der von denselben zu entrichtenden Steuer für jede Klasse 3, also zusammen 9 Vertreter, von denen jedes zweite Jahr aus jeder Klasse ein Mitglied ausscheidet und durch eine Neuwahl (Wiederwahl zulässig) ersetzt wird. Eine solche Gemeindevertreterwahl, die gewiß einem unteiligen Zuschauer das größte Vergnügen bereitet haben würde, ging nun am Abend des 19. Mai vor sich und zwar im Lokale des Herrn S. Peters, „Hollsteinischer Hof“. Von Seiten der Mitglieder des Bürgervereins, Vedeninhaber, Handwerker und sonstige Geschäftstreibende, war als unabhängiger Kandidat Herr F. Dammer, und von Seiten der mit dem hiesigen Eisenwerk in Konkurrenz stehenden Stimmberechtigten Herr G. Peters als Kandidat für die 3. Wahlklasse aufgestellt. Nachdem nun von dem Gemeindevorstand die Wahlhandlung eröffnet und von demselben noch den Wählern der 3. Klasse (welche in Gegenwart der anderen nicht wählt, dann aber abtreten muß) der Kandidat des Eisenwerks bestens empfohlen wurde, wobei kein anderer Vorschlag zur Geltung kam, ergab die Wahl von 35 anwesenden und abgegebenen Stimmen für Herrn F. Dammer 18, für Herrn G. Peters 17 Stimmen, somit doch für Herrn Dammer die absolute Majorität. Dem durch den Herrn Gemeindevorstand gebildeten Wahlvorstand schien das Resultat nicht zu begehren; er erklärte der Versammlung, das eine Stichwahl stattfinden müsse, indem Herr Dammer nicht die absolute Majorität habe. Herr Bergner, Mitinhaber des Eisenwerks suchte uns dies deutlicher zu machen, indem er ausführte, daß doch die Hälfte von 35 gleich 17 1/2 sind und eine Stimme sich doch nicht teilen ließe u. s. w., somit müsse die absolute Majorität doch 19 sein. Gernig. Der Wahlvorstand akzeptierte diese Ansicht und der Herr Vorsitzende bestimmte eine Stichwahl. Herr Schulte war der Ansicht, daß die absolute Majorität von 35 abgegebenen Stimmen 18 sei, eine nochmalige Wahl nicht erforderlich, verließ das Wahlzimmer und ersuchte seine Freunde, das Gleiche zu thun. Herr Gemeindevorstand Eggers erwiderte: „Mindestens lön't ja all tosam ruttgahn“, worauf auch die übrigen Wähler des Herrn Dammer das Wahlzimmer verließen. Bei der nun trotzdem vorgenommenen Wahl ergaben sich für Herrn Peters 16 Stimmen, indem einer seiner Wähler ebenfals das Wahlzimmer verlassen hatte, und wurde Peters als einstimmig gewählt proklamiert. Im Statut der Gemeindevertretung, § 9, heißt es nun mit unweifelhafter Deutlichkeit: „Es gewählt ist derjenige zu betrachten, welcher die absolute Stimmenmehrheit (mehr als die Hälfte der Stimmen) für sich hat“. Dammer hat 18 Stimmen erhalten, die Hälfte der 35 abgegebenen Stimmen beträgt nur 17 1/2 Stimmen, Dammer hat also mehr als die Hälfte der Stimmen für sich und ist somit ohne Weiteres als gewählt zu betrachten. Nichtsdestoweniger hat sich auch die vom Eisenwerk majorisierte Gemeindevertretung genügt gefühlt, die ungeschicklich vorgenommene Wahl des Herrn Peters gut zu heißen. Diese Gemeindevertretung war und ist auch jetzt noch wie folgt zusammengesetzt: Die erste Wählerklasse, welche nur zwei Wähler hat, und zwar den Fabrikanten Bergner, Mitinhaber des hiesigen Eisenwerks, und den Gemeindevorstand Eggers (als Bevollmächtigter der Christiania Nagel- und Sägefabrik „Jensen“), wird vertreten durch den Fabrikanten Bergner selbst, den Geschäftsführer W. Seifert und den Gastwirt Peters. Vertreter der zweiten Wählerklasse sind der Schmiebmester Jordan, der Malermeister Lorenzen und der Schlächtermeister Tiedemann. Vertreter der dritten Klasse sind der aus dem Eisenwerk beschäftigte Fabrikarbeiter Deuder, der Maschinenmeister Stieber und der Seilermeister Graf. Als Protokollführer fungiert bei den Sitzungen der Vertretung der Sohn des Gemeindevorstehers Eggers (der Buchhalter aus dem Eisenwerk ist), obgleich derselbe, da er weder stimmfähig noch wählbar ist, nach § 17 des Statuts nicht einmal als Zuhörer den Sitzungen beizuwohnen darf. Infolge dieser Zusammensetzung der Gemeindevertretung bei deren Abstimmungen die Stimme des Vorstehers den Ausschlag giebt) hängen alle Bestimmungen von der Stellungnahme des Herrn Bergner zu denselben ab, da nur die drei Vertreter der dritten (3. Klasse) gänzlich unabhängig sind. Am nun einen einigermaßen entsprechenden Ausgleich herbeizuführen, hatte der hiesige Bürgerverein als Vertreter für die dritte Klasse den Arbeiter F. Dammer aufgestellt, der durchaus unabhängig ist, da er in Bergedorf sein Brot verdient. Dammer wurde auch, wie er angestrichelt, gewählt, aber, da die Wahl den Herren Eggers u. s. w. nicht gefiel, als Vertreter nicht zugelassen. Die Beschwerde bei der Gemeindevertretung ist erfolglos gewesen, die Wähler bei Dammer haben aber nun durch Dr. Jonas in Wandsbeck die Klage beim Kreisaußschuß einreichen lassen, die unweifelhaft Erfolg haben wird. Herr Peters wird dann den Gemeindevorstand-Eggers seltener verlassen und Herr Dammer Play machen müssen, dessen Erscheinen allerdings von den Herren Bergner und Eggers, den bisherigen Alleinherrschern in der Gemeindevertretung, nicht mit besonderer Freude begrüßt werden dürfte. Der ganze Vorgang zeigt, wie schließlich einzelne bedrückende eine aus „freier Wahl“ hervorgegangene Gemeindevertretung und dadurch die Gemeinde selbst vollständig beherrschen, während den übrigen Gemeindebürgern nur das Recht verbleibt, Steuern zu bezahlen und den Mund zu halten.

In Oberberg l. M. tagte am 17. Juli unter freiem Himmel eine von 4-500 Personen besuchte Versammlung der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter, in welcher Stadtverordneter Jubel aus Berlin über den Nutzen der Gewerkschaftsorganisation referierte. Der Genannte erwähnte die Anwesenheit zum Anschluß an die Organisation und führte zum Beweise dessen, wie höchst nötig das ist, die in Oberberg üblichen geringen Löhne sowie die lange Arbeitszeit und dabei die Tatsache an, daß daselbst eine Schneidmühle existiert, wo die Arbeiter aus sechs Arbeitstagen sozusagen neun machen. Diese Schneidmühle gehöre einer Berliner Firma. In einer Resolution erklärte sich die Versammlung mit dem Referenten einverstanden und verpflichtete sich: 1. In Erwägung, daß die heutige kapitalistische Produktionsweise den Arbeiter dazu zwingt, sich zu Kapitalisten zu verkaufen, um der immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit einen Damm entgegen zu setzen; 2. in Erwägung, daß nur durch die größtmögliche Auffklärung es allein möglich ist, nur den Arbeiter vor Verfassung zu bewahren, dahin wirken zu wollen, daß die Anwesenheit dem Verband obiger Branche (Siphonem) beitreten.“ Die Versammlung sprach dann die Hoffnung

aus, daß in Oberberg bald eine Filiale jenes Verbandes errichtet wird, und ging mit dem Gesang der Arbeitermarschallise auseinander.

Lokales.

Den Parteigenossen Berlins, speziell des VI. Wahlkreises zur Nachricht, daß die Angelegenheit mit dem Etablissement „Zum Schultze“ (früher Kistler), Schauffstraße, geregelt ist, da der Oekonom Herr Schuster schriftlich erklärt hat, seine Lokalitäten zu allen Versammlungen zur Verfügung zu stellen.

Die Lokal-Kommission:
J. N.: J. Bernau, Rosenstraße 30.

Für Nacharbeiter! Der Vorstand der Arbeiter-Bildungsschule beschäftigt, für diejenigen Arbeiter, welche während der Nacht beschäftigt sind, an den Nachmittagen in der Zeit von 6-5 Uhr Unterrichtskurse, vorläufig für Deutsch, Geschichte, Buchführung und Rechnen, einzurichten. Diejenigen Personen, welche an diesem Unterricht teilnehmen wollen, werden ersucht, sich in den nachstehend bezeichneten Zahlstellen zu melden.

Der Unterricht beginnt, sobald eine genügende Anzahl Schüler vorhanden ist.

Die Anmeldestellen sind folgende:

Für die Nord-Schule: Scholz, Rastan-Allee 55.
Gleinert, Müllerstr. 174.

Für die Ost-Schule: Gumpel, Barnimstr. 42.

Für die Süd-Schule: Schulz, Admiralstr. 40a.
Kehr, Köpenickerstr. 126.

Für die Süd-Schule: Kasserke, Junterstr. 1.
Goepel, Ragbaderstr. 1.

Der Vorstand:
J. N.: J. Mattutat, Brangelstr. 124.

Eine Agitationstour in den Oberbarnimer Kreis vereinigte am Sonntag, den 17. d. M., eine Anzahl Berliner und Bernauer Genossen. Vom schönsten Wetter begünstigt setzten sich dieselben von Bernau ausgehend nach Bernau nach in Bewegung, unterwegs jedes Dorf mit Schriften belegebend. Kein Haus wurde übersehen, und es war eine Freude zu sehen, mit welcher eifrigem Fleiß das sogenannte sozialdemokratische Gift von der Bevölkerung eingesogen wurde. Die Teilnehmer wurden häufig von Leuten, welche keine Schriften erhalten hatten, eingeholt und um solche gebeten. Auch ein Zeichen, wie ungern man diese Sozialdemokraten kommen sieht. Ueberall freundliches Entgegenkommen. Aber das dicke Ende kam nach oder um mit Schiller zu reden: „Das Unglück schreitet schon“, schneller aber noch die Polizei von Bernau unter Aufsicht der königlich preussischen Gendarmen. Die Agitationstour war beendet (Zeit 4,30 Uhr Nachmittags). Gemächlich saßen die Teilnehmer der Tour im dortigen Schützenhause beim Glase Bier, als sich zwei drohende Wolken, in Gestalt eines Polizisten und Gendarmen, am Horizont zeigten und sich, was die Weine laufen wollten, oben genanntem Lokal näherten. Diese vier Augen des Gesetzes forderten die Legitimationen der Anwesenden und notierten sich die Namen derselben, nach welchem feierlichen Akte die offen daliegenden, übrig geliebten Zeitungen (Mafest-Zeitung, Vorwärts, Volksblatt für Nieder-Barnim) für konfisziert erklärt wurden. Protest und der Hinweis auf das Ungeheuerliche dieser Handlungsweise fruchteten nichts und zählten denn die beiden Hüter der Ordnung auf Verlangen, in Ermangelung einer Wiegenschale, die Zeitungen vor, um nach stattgefundener Bescheinigung ihrerseits über die erfolgte Beschlagnahme mit dem corpus delicti zu verschwinden. Proschriften sind nicht gefunden worden und wurden dieselben in den auf dem Rückwege nach Bernau angetroffenen Ortschaften verteilt. Mit dem Bewußtsein, einen befriedigenden Erfolg errungen zu haben, trennten sich die Berliner Genossen um 10 Uhr Abends auf dem Stettiner Bahnhofe. Nachzutragen ist noch, daß Protest gegen die ungeschickliche Beschlagnahme bereits eingereicht ist.

Oраниenburg. Wie wir seiner Zeit berichteten, hatte der Arbeiter-Bildungsvorstand zu Jehenldorf am 1. Mai d. J. ein Vergnügen veranstaltet und dasselbe beim Amtsvorsteher angemeldet. Der Herr Amtsvorsteher hatte jedoch nicht dem Vorstehenden des Vereins die Anmelde-Bescheinigung gefandt, sondern dem Gastwirt Nieter, bei welchem das Vergnügen stattfinden sollte, die von diesem gar nicht nachgesuchte Erlaubnis zur Abhaltung einer öffentlichen Tanzlustbarkeit bis 11 Uhr ertelirt. Als nun die Mitglieder des Vereins und einige von diesen eingeführte Gäste sich beim Tanz vergnügten, trat um 12 Uhr der Gendarm Berg aus Oranienburg herein und bot Feierabend. Der Wirth erhielt ein Strafmandat von 15 M., gegen welches er selbstverständlich Widerspruch erhob. In der am 13. d. M. vor dem hiesigen Schöffengericht stattgefundenen Verhandlung wurde festgestellt, daß eine geschlossene Gesellschaft (der Arbeiter-Bildungsvorstand zu Jehenldorf und die von Mitgliedern desselben eingeführten Gäste) die Räumlichkeiten des Herrn Nieter für den betreffenden Abend gemietet hatte; infolge dessen wurde Herr Nieter, obwohl der Amtsanwalt den Strafantrag aufrecht erhielt, freigesprochen. Damit ist auch das Feierabendsbieten seitens des Beamten für ungerechtfertigt erklärt und dürfte eine Beschwerde über denselben resp. den Amtsvorsteher wohl als begründet anerkannt werden. Das Vergnügen bleibt freilich geföhrt.

In keinem der bisher über das Dampfer-„Unglück“ bei Köpenick erschienenen Berichte ist auf die geradezu unheimliche Uebereinstimmung zwischen dieser und der vor drei Jahren an genau derselben Stelle stattgehabten gleichen Katastrophe hingewiesen worden. Die „Berliner Zeitung“ konstatirt darüber Folgendes:

1. Das diesmalige Unglück passierte am Sonntag, den 17. Juli; das im Jahre 1889 am Sonntag, den 21. Juli, zeitlich also an dem nämlichen Sonntag.
2. Der Dampfer, auf dem das Unglück sich zutrug, war, wie diesmal, auch am 21. Juli 1889 die „Kaiserin Augusta Victoria“ (damals Kapitän Seeger).
3. Die Ursache des Unglücks führte, wie diesmal, auch damals der Kapitän 1. auf die mangelhafte Beleuchtung der Köpenicker Brücke, und 2. auf die des Regenwetters wegen aufgepannten Schirme zurück, die ihm die freie Aussicht auf die Brücke genommenen.
4. Wie am 11. Juli 1889 so forderte auch diesmal die Katastrophe zwei Menschenleben, 1. die Gattin des Formmeister's Kallischer, 2. die Gattin des Formers Klemke; außerdem wurden, wie diesmal, auch damals noch mehrere Personen schwer verletzt.
5. Der Dampfer „Kaiserin Augusta Victoria“ war, wie diesmal, auch vor drei Jahren von einer Privatgesellschaft (Eisengießerei „Vulcan“) gemietet, die gegen 11 Uhr von dem bei Friedrichshagen gelegenen Müggelschlößchen zurückkehrte.

Welche Krähwinkelci übrigens in unmittelbarer Nähe von

Berlin noch herrscht, geht aus folgender Notiz hervor, die wir in bürgerlichen Blättern finden:

Der Schiffsführer Voigt und der Steuermann des Dampfers „Kaiserin Augusta Victoria“ sind bis zur Klärung der Katastrophe, deren Untersuchung seitens der Staatsanwaltschaft mit großem Eifer betrieben wird, außer Dienst gestellt worden. Weiter mitgeteilt wird, gehört es zu den größten Seltenheiten, daß die Signallaternen an der Köpenicker Damnbrücke spät Nachts brennen. Der Magistrat der Stadt Köpenick hält sich nämlich nicht für verpflichtet, die Durchfahrt des Nachts über zu erhehlen, glaubt vielmehr, daß die Interessenten dazu verpflichtet sind.“

Also weilt sich die Verantwortlichen über die Verpflichtung zur Erleuchtung der Brücke nicht einigen können, müssen erst auf der nämlichen Stelle zwei Mal Unglücksfälle passieren, bei denen Menschenleben zu Grunde gehen. Wenn ein halbes Dutzend Menschen ertrunken sein werden, wird die Sache vielleicht sprudeln.

Klagen über Mifstände im Vorortverkehr, namentlich auf der Anhalter Bahn, werden fortgesetzt in der Presse laut. So schreibt man der „National-Zeitung“: Am Sonntag zwischen 9 und 10 Uhr war in Lichterselde der Andrang zur Bahn ein sehr starker. Leute, die es nicht verstanden, sich vorzudrängen, und die um 9 Uhr 30 Minuten auf dem Bahnhof waren, sahen den um 9 Uhr 48 Min. nach Berlin abgehenden Zug abcampfen, ohne daß es ihnen gelangen wäre, auch nur in das innere Gitter zu gelangen. Und der nächste Zug ging um 10 Uhr 45 Minuten, eine volle Stunde später. Es hätte so nahe gelegen, einen Extrazug einzustellen, aber es geschah nicht. Um 10 Uhr 2 Minuten kam ein Zug von Berlin, der seine Passagiere landete und dann leer wieder abfuhr. Warum nahm er nicht die Hunderte mit, die schon lange durchnäht auf die Abfahrt warteten? Das Schlimmste ist, daß es nicht möglich ist, eine Auskunft zu erhalten, weil man keinen Beamten sieht. Als dann endlich um 10 Uhr 45 Minuten der fahrplanmäßige Zug von Berlin eintraf, und alle Wagen im Nu besetzt waren, hielt es der Stationsvorsteher für angemessen, den Ueberschüssigen den letzten, Viehwagen ähnlichen, als Schutzwagen angehängten Wagen zur Benutzung anzubieten und kategorisch zu erklären: er erlaube nicht, die an der Spitze des Zuges befindlichen völlig leeren Wagen zu benutzen, dieselben sollen für Südwende reservirt bleiben. Und auf allgemeinen Einspruch erfolgte die charakteristische Antwort: „Dann bleiben Sie eben bis zum nächsten Zuge (11 Uhr 15 Min.) hier.“ Schließlich wiesen Beamte selbst den Ueberschüssigen Plätze in bereits vollen Kupes an.

Ein kühnes Renkontre mit Soldaten hat sich wieder einmal in der Nacht zum Montag vor dem Halle'schen Thore zugegetragen. Der hiesige Schriftföher Bruno Schmidt, welcher bei seiner Mutter, Tempelherustr. 1, wohnt, ging kurz vor Mitternacht in Begleitung mehrerer Freunde und Kollegen in etwas angeheitertem Zustande die Blücherstraße nach dem Halle'schen Thor zu. An der Heilig-Kreuz-Kirche „renpette“ er — ohne Abficht — einen Soldaten von der 7. Kompagnie des Kaiser Franz-Grenadier-Regiments an. Schmidt will dann von dem während des Soldaten sofort zu Boden geschleudert worden sein und erheilt, als er denselben zur Rede stellte, von ihm einen wuchtigen Säbelhieb über den Kopf. Schmidt blänzte hinter seinen Freunden her, während der Soldat mit klangvoller Waffe folgte. Im weiteren Verlauf erhielt Schmidt's Freund, der Schriftföher Wittig, von dem während um sich schlagenden Soldaten einen Hieb, welcher das eine Oberlappchen durchschneidte. Endlich gelang es einem der Herren, den Soldaten festzuhalten, bis ein Nachwachter herbeikommt, der die ganze Gesellschaft nach der Kaiser-Franz-Kaserne brachte, wo der Vorfall zur Kenntnis genommen wurde, worauf der Wachter die Zivilisten nach dem nächsten Polizeirevier führte. Schmidt, welcher inzwischen bewußtlos zusammengesunken war, wurde von einem fremden Herrn nach der Sanitätswache am Plan-Ufer geschafft, wo der sofort herbeigerufene Arzt nach Säuberung der Wunde dieselbe nähte und einen Verband anlegte. Der Verletzte ist arbeitsunfähig; er weiß übrigens nicht genau, ob ein oder zwei Soldaten bei der Sache beteiligt waren.

Ein Revolverattentat auf den städtischen Gartendirektor Hermann Mächting, sowie auf den Obergärtner Emil Clement ist gestern Vormittag um 10 1/4 Uhr im Viktoriapark ausgeführt worden. Vor einiger Zeit wurde der Gärtner Grüneberg aus dem Viktoriapark verwehrt und später aus dem Dienst entlassen. Er schob die Schuld an diesen gegen ihn getroffenen Maßregeln dem Direktor M. zu und hegte seit dieser Zeit einen Haß gegen den Beamten. Es fiel nun gestern Morgen den Aufsehern im Viktoriapark auf, daß Grüneberg sich in merkwürdiger Weise im Viktoriapark umhertrieb und augenscheinlich jede Begegnung mit bekannten Personen vermied, indem er vielfach sich hinter Sträucher verdeckte. Gegen 9 Uhr betrat Herr Mächting den Park, war aber nicht einen Augenblick allein, da Clement ihn auf seinem Rundgang begleitete, und nach und nach mehrere Beamte sich dem Vorgesezten angeschlossen hatten. Hin und wieder tauchte die Gestalt Grünebergs in der Ferne auf, um ebenso schnell wieder zu verschwinden. Um 10 1/4 Uhr begab sich der Direktor mit Clement und einem Arbeiter in das Bureau des Viktoriaparks, welches hart an der Kreuzbergstraße liegt. Eine Viertelstunde später erschien der 45 Jahre alte Grüneberg in demselben Raum, zog einen Revolver aus der Tasche und gab zunächst einen Schuß auf Clement ab. Das Geschöß drang ihm in den rechten Oberarm. Clement taumelte zurück, riß eine Thür auf und flüchtete in ein Nebengemach, welches er hinter sich verschloß. In diesem Augenblick hatte Grüneberg bereits den noch anwesenden Arbeiter zur Thür hinausgedrängt, so daß er seinem früheren Vorgesezten allein gegenüberstand. Mächting war ausgesprungen, Grüneberg hielt ihn aber die Waffe entgegen und jagte dem wehrlosen Manne zunächst einen Schuß in den linken Unterarm; ein zweiter Schuß traf den linken Oberschenkel, welchen das Geschöß quer durchbohrte. Mächting fiel nun vornüber. Grüneberg, der sein Opfer noch nicht todt wähnte, schoß ihm eine dritte Kugel in das linke Schulterblatt. Der Mörder hat dann den Revolver ruhig zu sich geföhrt und ist merkwürdiger Weise, obgleich sich Arbeiter und Publikum vor dem Bureau gesammelt hatten, ruhig nach der Bellealliancestraße zu fortgegangen. Man benachrichtigte sofort die Revierpolizei, welche auch unter dem Polizeileutnant Leon alsbald eintraf und zunächst ärztliche Hilfe herbeiholte. Es erschienen die Doktoren Esfack, Dumelberg, Geinfeid und Wagner, welche den Verwundeten die erste Hilfe leisteten. Nach Auflegung von Reitherbänden wurden Clement mittels Droschke, und der Direktor mittels des Ringel'schen Krankenwagens nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Die Verwundung des Ersteren schließt die Gefahr für sein Leben aus. Anders steht es mit dem Gartendirektor Mächting, dessen Verletzungen als sehr schwere und vielleicht lebensgefährliche bezeichnet werden müssen. Das Haus Bellealliancestraße 35, wo Grüneberg wohnt, ist in allen seinen Theilen polizeilich abgesucht worden, ohne daß aber Grüneberg gefunden wurde, und wird fortwährend von der Polizei beobachtet.

Von einem verfehten Liebhaber wird aus Spandau folgende Geschichte erzählt. Ein Einwohner von Nummeßburg,

Mitte der fünfziger Jahre und Wittwer mit mehreren Kindern, hatte vor 2 Monaten die Bekanntschaft einer um mehr als die Hälfte jüngeren Kellnerin gemacht und diese liehen gelebt. Er glaubte auch, daß seine Neigung von dem jungen Mädchen erwidert würde. Beide wollten nun ein Paar werden und am Montag kamen sie nach Spandau, dem früheren Wohnort der Braut, um die erforderlichen Papiere herbeizuschaffen. Nachdem alles besorgt war, suchten sie eine Restauration auf. Während der Mann sich an Speise und Trank ergötzte, eiferte sich die Geliebte heimlich durch eine Hintertür aus dem Lokal, um nicht wieder zurückzukehren. Stunde auf Stunde wartete der Verlassene, bis ihm endlich klar wurde, daß er hintergangen war. Die Geliebte, die nicht allein ihre eigenen Papiere, sondern auch werthvolle Dokumente des Mannes mit sich führte, blieb verschwunden und konnte von dem „Versehten“ trotz eifriger Nachforschungen nicht wieder gefunden werden. Tief bekümmert kehrte dieser heim nach seiner verwaisten Heiligkeit, wo die Ungetreue bereits eine Zeit lang provisorisch als bessere Hälfte gewaltet hatte.

Von einem Pferde erschlagen wurde vorgestern Vormittag ein Lohnkutscher an der Ecke der Ziger- und Mauerstraße. Derselbe stand im Begriff seine Pferde abzufragen, als das eine derselben ansetzte und den Kutscher so schwer am Kopfe traf, daß er sofort bewußtlos zusammenbrach. Die Revierpolizei sorgte für die sofortige Ueberführung des Verletzten in die königliche Klinik; unmittelbar nach der Einlieferung ist der Kutscher jedoch verstorben.

Der Schlächter Herr Carl Neumann, Draniensfr. 2a wohnhaft, ersucht um die Mittheilung, daß er mit dem bei dem Raub im Thiergarten beteiligten Schlächter gleichen Namens nicht identisch ist.

Polizeibericht. Am 19. d. M. gegen Mittag versuchte sich eine Fremdsperson in der Wohnung ihres Zuhalters zu vergiften. Sie wurde nach der Charité gebracht. — Am Engelwerfel fiel ein 17jähriges Mädchen beim Spielen in den Kanal, wurde aber alsbald wieder heraufgezogen und seinen Eltern zugeführt. — Nachmittags brachte sich ein in der Treckowstr. 16 im Götterdienst stehendes Mädchen, offenbar in einem Anfall von Geistesstörung, mit einem Mädchenkind so schwere Verletzungen am linken Handgelenk bei, daß es nach dem Krankenhause am Friedricshain gebracht werden mußte. — Gegen Abend wurde auf dem Bürgersteig vor dem Grundstück Reichenbergerstraße 161 ein 4jähriger Knabe durch eine aus der Durchfahrt des Hauses herauskommende Droschke überfahren. Er erlitt einen Bruch des rechten Oberschenkels. Den Führer der Droschke trifft, nach Aussage von Augenzeugen, keine Schuld. — Im Laufe des Tages fanden zwei unbedeutende Verhände statt.

Gerichts-Beitrag.

Unter besonders erschwerenden Umständen sollte der Klempner August Böttner, welcher gestern vor der 122. Abteilung des Schöffengerichts stand, zwei Diebstahle angeführt haben. Im Januar d. J. traf der Angeklagte mit dem ihm oberflächlich bekannten Klempner Biedermann zusammen. Er überredete denselben, ein Lokal zu besuchen, wo sie beide verschiedene Schnäpse und Gläser Bier zu sich nahmen. Dem Wirth fiel es auf, daß Biedermann sehr bald angetrunken wurde, während die genossenen Getränke auf den Angeklagten eine besondere Wirkung nicht auszuüben schienen. Der Wirth sah ferner, daß die Uhr des Biedermann sich losgelöst hatte und daß Böttner dieselbe ergaß. „Du wirst mir wohl meine Uhr ausspannen?“ fragte Biedermann, ebenfalls nach der Kette greifend, worauf Böttner erwiderte: „Nein, ich will Dir nur die Kette wieder festmachen.“ Der Wirth legte dieser kleinen Szene kein Gewicht bei. Bald darauf entfernten sich die beiden Gäste. Am folgenden Tage erschien Biedermann wieder im Lokale und erzählte dem Wirth, daß ihm Abends zuvor seine Uhr gestohlen worden sei. Sein Begleiter habe ihn nach Hause geführt. Unterwegs sei ihm so schwer in den Gliedern geworden, daß er sich nicht habe auf den Beinen halten können und bald sei ihm die Besinnung völlig geschwunden. Man habe ihn in besinnungslosem Zustande auf dem Flur des Hauses gefunden, in dem er wohnte, seine Uhr sei fort gewesen. Er habe Biedermann in Verdacht, daß derselbe ihm ein Betäubungsmittel ins Bier gethan, denn die Getränke, die er zu sich genommen, könnten eine solche Wirkung nicht hervorbringen. Nach einigen Tagen gelangte ein ähnlicher Fall zur Kenntniß der Polizei. Der Tischlermeister Böhm hatte eines Abends mit dem Angeklagten ein Glas Bier getrunken. Er wurde des Abends vom Nachwächter in besinnungslosem Zustande vor seinem Hause gefunden, auch ihm war die Uhr entwendet worden. Böhm wie Biedermann behaupteten im Termine mit aller Entschiedenheit, daß der Angeklagte ihnen ein Betäubungsmittel ins Bier geschüttelt haben müsse, sie könnten unmöglich durch den Genuß der Getränke in den bewußtlosen Zustand gebracht worden sein. Als Sachverständiger war der Sanitätsrath Dr. Mittenzweig geladen worden, welcher es, wenn auch nicht für erwiesen, so doch für wahrscheinlich hielt, daß die Betäubung durch Morphinum oder Chloroformhydrat betäubt worden seien. In Betreff des ersten Falles wurde erwiesen, daß der Angeklagte im Besitze der Uhr des Biedermann gewesen ist. Er hat dieselbe verfehlt und will sie von einem Stolporteur, der nicht zu ermitteln gewesen ist, gekauft haben. Hielt der Staatsanwalt den ersten Fall schon auf Grund dieses Umstandes für zweifellos erwiesen, so schloß derselbe daraus, daß der Angeklagte auch im zweiten Falle der Thäter sei. Bei der großen Gemeingefährlichkeit, die in der Handlungsweise des Angeklagten liege, beantragte er eine Gefängnisstrafe von einem Jahre sechs Monaten. Der Gerichtshof hielt nur im ersten Falle den Angeklagten für hinreichend überführt und erkannte hierfür auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten.

Der Oberingenieur Max Hahn hatte sich gestern wegen Unterschlagung vor der I. Strafkammer des Landgerichts I. zu verantworten. Der Angeklagte, welcher Inhaber eines Patent-Bureaus ist, war mit einer Frau Horn in Gesellschaft verbunden getreten. Diefelbe hatte ein Patent auf einen neuen Apparat zum Maßnehmen erhalten. Um dasselbe in gewinnbringender Weise zu verwerthen, hatte Frau Horn mit dem Angeklagten einen Gesellschaftsvertrag geschlossen und eine bedeutende Summe eingeschossen, welche dazu dienen sollte, die Kosten der Einführung des neuen Artikels zu bestreiten. Die an den Artikel geknüpften Erwartungen gingen nicht in Erfüllung. Es stellte sich heraus, daß der Angeklagte verschiedene Tausend Mark des Gesellschaftsvermögens nicht zu den vereinbarten, sondern zu Sonderzwecken verausgabt hatte. Es wurde deshalb obige Anklage gegen ihn erhoben. Durch die Beweisaufnahme erachtete der Gerichtshof die Schuld des Angeklagten für erwiesen und wurde derselbe zu sechs Monaten Gefängnis und einem Jahre Ehrverlust verurtheilt.

Daß die Gerichte gegen Thierquäler keine Milde walten lassen, hat der Kutscher Wilhelm Schneider erfahren müssen, welcher gestern vor der siebensten Strafkammer des Landgerichts I stand. Schneider hatte eines Tages sein Pferd in unzumuthiger Weise geprügelt und einen Mann, der ihn dieserhalb zur Rede stellte, ebenfalls gemißhandelt. Die Polizei schickte ihn deshalb ein Strafmandat über 20 Mark zu, worauf Schneider richterliche Entscheidung beantragte. Er kam vom Regen in die Traufe. Durch die Beweisaufnahme wurde

das Verhalten des Angeklagten in ein so trübes Licht gestellt, daß der Amtsanwalt die von Polizeibeamten erkannte Strafe für zu niedrig hielt und eine Haftstrafe von sechs Tagen beantragte. Dieser Antrag wurde vom Schöffengericht zum Beschluß erhoben. Der Verurtheilte nahm die zweite Instanz in Anspruch, aber ohne Erfolg, denn gestern wurde das Erkenntniß des Schöffengerichts bestätigt, mit der Begründung, daß dem Kergerrn erregenden Szenen von Thierquälerei energisch entgegengetreten werden müsse.

Auf versuchte Erpressung lautete die Anklage, die gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Schreiber Hermann Häbner verhandelt wurde. Der Angeklagte hat das Gymnasium bis Unter-Prima besucht und hat dann eine Stelle als Schreiber beim Polizeipräsidium erhalten. Am 7. Juni d. J. fand Häbner im Thiergarten bei den Zelten ein Packet Rechnungen und Banlabräusche. Er ermittelte den Verkäufer in der Person des Buchhalters Jakob, dem er den Fund auch abliefern. Da die Papiere für den Funder keinen Werth hatten, so handigte Jakob dem Angeklagten eine Belohnung von einer Mark aus. Dieser nahm das Geld auch an und ging. Zu Hause überlegte er sich aber, daß ihm wohl ein höherer Funderlohn gebühre. Er schrieb an Jakob einen Brief des Inhalts, daß er auf einen Lohn von 100 Mark Anspruch mache. Diese Summe solle ihm unter einer angegebenen Adresse postlagernd geschickt werden, widrigenfalls er dem Chef von dem Verluste Kenntniß geben und den nachlässigen Verkäufer dadurch in eine schiefse Lage bringen würde. Der Bedrohte erstattete Anzeige, Häbner wurde verhaftet, als er sich auf dem betreffenden Postamt einstellte. Der Gerichtshof belegte den bisher unbekanntenen und geständigen Angeklagten mit zwei Wochen Gefängnis, wovon eine Woche durch die erlittene Untersuchungshaft für verdrängt erachtet wurde.

Soziale Uebersicht.

An die Unter Berlin!

Die Adressen der im Versammlungsbericht in Nr. 164 vom Sonnabend, den 16. Juli, erwähnten Kommission, welche die etwaigen Beschwerden und Unregelmäßigkeiten entgegennehmen wird, sind folgende:

H. Neumann, W., Kirchb.-Str. 5.
Klaboff, S., Boedstr. 6.
W. Hohendorff, S., Görligerstr. 44.
K. Demich, N., Söwinem.-Str. 145.
V. Förster, Rabenstr. 43.

Der Vertrauensmann.

Aufruf an alle Rammacher Deutschlands!

Kollegen! Wie Ihr alle wißt, ist unser Geschäft eines der wirtschaftlich am schlechtesten gestellten: „Lange Arbeitszeit, niedere Löhne, schlechte und ungesunde Arbeitsräume“, das sind so die hauptsächlichsten Missethate in unserem Gewerbe.

Fragen wir uns nun, wodurch können wir hier eine gründliche Abhilfe schaffen? Nun, einzig und allein doch nur durch eine feste und einheitliche Organisation. Wenn wir in geschlossener Masse dem Unternehmertum gegenüberstehen, so bilden wir eine Macht, mit der in allen Fällen gerechnet werden muß, während wir als Einzelne vollständig kraftlos sind und zum willenlosen Werkzeug herabsinken. Von keiner Seite haben wir Hilfe zu erwarten, wenn sie nicht aus uns selbst kommt.

Kollegen! Es ist wahrlich hohe Zeit, daß auch die Rammacher endlich einmal aus ihrem lethargischen Schlaf erwachen und mit allen anwendbaren Mitteln nach einer Besserstellung ihrer Lage streben! Seht Euch einmal andere Gewerbe an, mit welcher Anpöpfung und welchem Eifer die Arbeiter für ihre Organisation eintreten! Sollen denn gerade wir die einzigen sein, welche theilnahmslos unseren kumpelnden Mitbrüdern zusehen? Nein und abermals nein! Organisieren wir uns und zeigen wir, daß wir nicht gewillt sind, uns stets nur als gefügige Ausbeutungsbjekte benagen zu lassen. Schließen wir uns Mann für Mann der Vereinigung der Drechsler und Berufsgenossen Deutschlands an; denn nur auf diesem Wege können wir hoffen, jemals eine Besserstellung unserer Lage zu erzielen. Kollegen, welche mit indifferenten Berufsgenossen zusammenarbeiten, müssen es für ihre höchste Pflicht ansehen, diese auf ihre Pflichten und Rechte aufmerksam zu machen und sie zu unserer Organisation heranzuziehen. Ebenso werden alle zielbewußten Arbeiter ersucht, falls sie mit Rammachern zusammenkommen sollten, dieselben auf diesen Aufruf aufmerksam zu machen.

Der Vertrauensmann der Rammacher Berlin:

Robert Voigt,

Charlottenburg, Magazinstraße 15, Quergebäude IV.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Deutscher Schneider- und Schneiderinnen-Verein. Filiale Berlin. Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß Montag, den 25. Juli, abends 9/10 Uhr, Rosenthalerstr. 39, eine Verbandssammlung stattfindet. In derselben wird Genosse Zahnarzt Robert Voigt einen Vortrag über: „Handwerkerbewegungen und Sozialdemokratie“ halten. Nach der Diskussion findet die Wahl der Delegierten zum Verbandstag statt; die Mitglieder werden aufgefordert, ihre Mitgliedsbücher mitzubringen und den Kontrolleuren am Eingang vorzulegen. Außerdem machen wir darauf aufmerksam, daß laut Wahlreglement nur diejenigen Mitglieder wahlberechtigt und wählbar sind, welche weniger als 13 Wochen im Rückstand sind, deshalb eruchen wir die rückständigen Beiträge baldigst, mindestens aber am Eingang des Versammlungslokals zu entrichten. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig, damit die Delegierten auf dem Verbandstag auch die Meinung der Filiale getreu zum Ausdruck bringen können. Gäste haben Zutritt und erwartet zahlreiches Erscheinen.

Die Lokalverwaltung.

Der Krankennunterstützungsbund der Schneider (E. V.) Nr. 18, Braunschweig, welcher seine Generalversammlung am 18. d. M. in Göttingen begann, hat sich am 19. d. M. mit 99 gegen 16 Stimmen für das Weiterbestehen der Kasse erklärt, wird sich also den neuen Bestimmungen des Krankennunterstützungs-Gesetzes anpassen.

Alters- und Invalidenversicherung. Nach den im Reichs-Versicherungsamt angefertigten Zusammenstellungen, welche auf den von den Vorständen der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten und der vom Bundesrath zugelassenen besonderen Kasseneinrichtungen gemachten Angaben beruhen, betrug am 30. Juni 1892 die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Altersrenten bei den 31 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen 205 976. Von diesen wurden 158 246 Rentenansprüche anerkannt und 47 072 zurückgewiesen, 6617 blieben unerledigt, während die übrigen 4141 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben.

Von den erhobenen Ansprüchen entfallen auf Schlesien 23 339, Ostpreußen 19 524, Brandenburg 15 664, Rheinprovinz 13 759, Hannover 11 964, Sachsen-Anhalt 11 321, Posen 10 474, Schleswig-Holstein 7895, Westfalen 7557, Pommern 6959, Hessen-Nassau 4423, Berlin 2157. Auf die 8 Versicherungsanstalten des Königreichs Bayern kommen 20 793 Alters-Rentenansprüche, auf das Königreich Sachsen 8509, Württemberg 4633, Baden 3829, Gr. Hessen 3687, beide Mecklenburg 4101, Thüringische Staaten 4276, Oldenburg 727, Braunschweig 1457, Hansestädte 1322, Elbsch-Lothringen 6296 und auf die 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen insgesamt 2726.

Die Zahl der während desselben Zeitraums erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Invalidenrenten betrug bei den 31 Versicherungsanstalten und den 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen insgesamt 19 859. Von diesen wurden 5591 Rentenansprüche anerkannt und 7861 zurückgewiesen, 6516 blieben unerledigt, während die übrigen 691 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben.

Von den erhobenen Invalidenrenten-Ansprüchen entfallen auf Schlesien 2937, Ostpreußen 1875, Rheinprovinz 1415, Westpreußen 1047, Hannover 1024, Brandenburg 572, Sachsen-Anhalt 753, Posen 734, Pommern 685, Westfalen 596, Hessen-Nassau 493, Berlin 298, Schleswig-Holstein 283. Auf die acht Versicherungsanstalten des Königreichs Bayern kommen 2670 Invalidenrenten-Ansprüche, auf das Königreich Sachsen 504, Württemberg 567, Baden 562, Gr. Hessen 227, beide Mecklenburg 207, Thüringische Staaten 304, Oldenburg 41, Braunschweig 105, Hansestädte 83, Elbsch-Lothringen 432 und auf die 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen zusammen 1173.

Unter den in den Genuss der Invalidenrente tretenden Personen befanden sich 256, welche bereits vorher eine Altersrente bezogen.

Ein gelungenes Konterfei der bürgerlichen Produktionsweise entwirft das Amtsblatt für den Stadtrat zu Meerane, das „Meeraner Wochenblatt“, in Nr. 161 vom 14. Juli 1892 in einem Festartikel, worin der König von Sachsen bewillkommt wird:

„... seit jenen Tagen, die den geschäftsaufblühenden Jahren von 1871, 1873 u. noch erheblich näher lagen, (hat sich) Vieles, Vieles geändert. Der Kampf um's Dasein ist ein erbitterter geworden; die Konkurrenz mit ihren unaufhaltbaren Nissensritten blieb nicht ohne nachtheilige Einwirkung auf das allgemeine und spezielle Geschäftsleben! Die Gegenwart ist a b s o l u t nicht mehr dazu angethan, im redlichen Kampfe die Geldschränke zu füllen und Staatspapiere in erheblicher Anzahl anzulassen, wie es ehemals wohl der Fall gewesen sein mag. Nöthte das nur vor Allem der Arbeiterstand bedenken, der immer und immer wieder Grund sucht und findet, zu murren und zu klagen.“

Das „Meeraner Wochenblatt“ hat mit vorstehenden Ausführungen eine Rechtfertigung des sozialdemokratischen Programms geliefert, wie sie wenigstens von einem Amtsblatt nicht besser verlangt werden kann.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 19. ds. Mts. seine vierteljährliche Generalversammlung ab. Diefelbe hörte mit großem Interesse einen Vortrag des Genossen Robert Wolf über „die Bestrebungen der modernen Handwerker-Bewegung und deren Verhältnis zur Sozialdemokratie“. Der Vortragende veranschaulichte, wie die Innungsbewegung als Trümpf von der Bourgeoisie und den Regierungen gegen die fortschreitende Bewegung des Proletariats, wenn auch ohne Erfolg, ausgespielt worden sei, unterzog die Bestrebungen der Innungsleute einer eingehenden Kritik und zeigte weiterhin, wie der Handwerkerstand blind seine eigenen Interessen verlasse und wie der Sieg des Sozialismus unausbleiblich sei. Dem Vortragenden wurde allseitiger Beifall gezollt. Nachdem in der Diskussion die Genossen Rogge und Stampfel gesprochen hatten, nahm die Generalversammlung den Rapportbericht für das zweite Vierteljahr entgegen. Derselbe ergab eine Einnahme von 1745 M. 50 Pfg., eine Ausgabe von 798 M. 7 Pfg., und einen verbleibenden Bestand von 959 M. 43 Pfg. Neu aufgenommen wurden 350 Mitglieder. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassier einstimmig entlastet. Von dem vorhandenen Kassenschatz wurden 500 M. dem Vertrauensmann zur Agitation und 100 M. der Arbeiter-Bildungsschule überwiesen. Die Vassalfeier wird auch in diesem Jahre in würdiger Weise gefeiert werden. In Aussicht genommen sind vier Lokale (Moabit, Wedding, Schönhauser- und Rosenthaler Vorstadt), ein dreizehnhelliger Ausbaubau wurde mit den erforderlichen Vorarbeiten betraut. Denselben gehören die Genossen Körsten, Rogge, Basschall, Strickowski, Janke, Rasche, Falkenberg, Weinberg, Dornbusch, Feistel, Sabel, Germer, Schmidt und Böttcher an. Auf der Tagesordnung stand weiter der von „mehreren Genossen“ gestellte und bis zur Generalversammlung vertagte Antrag, betreffend den Ausschluß des Mitgliedes Wäz aus dem Wahlverein. Man machte dem Eintritt in die Verhandlung von der Namensnennung der Antragsteller abhängig, wobei konstatiert wurde, daß kein Mitglied der „Fänger-Kommission“ Antragsteller sei. Da sich keiner der Antragsteller meldete, um den Antrag zu begründen, ging die Generalversammlung über den Antrag zur Tagesordnung über. Genosse Thal, Mitglied der Lokalkommission von Reinickendorf, stellte sodann in Abrede, daß beim Parteitage in Reinickendorf Bier der Norddeutschen Brauerei verschänkt worden sei. Der Wirth des Lokales „Seefischchen“ in Reinickendorf habe zwar vor dem Bier der Norddeutschen Brauerei verschänkt, schänke aber jetzt Bier von Oswald Berliner aus. Die Angelegenheit mit den Keilern, welcher Umstand gleichfalls in der vorigen Versammlung gerührt worden war, ist nach der Versicherung Thal's geregelt worden. Thal ersuchte um Unterstützung des „Seefischchens“, da der Wirth allen Anforderungen Genüge leiste. Leider werde hiergegen noch sehr gefehlt. Die Versammlung beschloß ferner, nur über Anträge, Resolutionen und Fragen, die mit Namenunterschriften versehen sind, in Verhandlung einzutreten. Thal berichtete noch, daß die von der Freien Vereinigung der Sozialdemokratischen Arbeiter zum Sommerfeste gestellten Musiker der Organisation nicht angehört haben. Wie der Vorsitzende mittheilte, sind die auf die Nummern 525, 711, 787, 676 gelegentlich der Vassalfeier, und die auf die Nummern 75, 85, 40, 116, 192, 123, 464 gelegentlich des am 26. Juni bei Anbeli stattgehabten Sommerfestes entfallenen Gewinne beim Genossen Rasche, Wiesenstr. 8, abzuholen. Nach Erledigung des Fragelistsens wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

In der öffentlichen Versammlung der Maurer, die am 19. Juli in der Invalidenstr. 1a tagte und sehr zahlreich besucht war, besprach Kollege Blaurol den augenblicklichen Stand der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Maurergewerbe. Er legte klar, wie das Unternehmertum jede Gelegenheit benütze, um die Löhne zu drücken und den kaum errungenen Sieg der Arbeiter zu seinem eigenen Vorteil auszunutzen und wie ein enger und fester Zusammenschluß der Arbeiter unbedingt notwendig sei, um die Errungenschaften aufrecht zu erhalten, die Lohnreduktion zu verhindern und die Schinderei auf den Bauten zu beseitigen. Nach eingehender Diskussion fanden eine Resolution des Kollegen Gerke gegen eine Stimme und ein Antrag des Kollegen Blaurol einstimmige Annahme. Die Resolution lautet: „In Erwägung, daß weder von den Staats- noch Kommunal-Behörden durchgreifende, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter sicher stellende Reformen zu erwarten sind, in weiterer Erwägung, daß die Vertreter des Geldsacks die Lage der Arbeiter nur dann verbessert haben, wenn sie durch die Macht der Arbeiterorganisationen dazu gezwungen wurden, und da fernerhin, so lange ein wirksames Arbeiterschutz-Gesetz fehlt, die Kapitalisten stets bemüht sein werden, die Löhne zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern, weshalb eine brauchbare Kampforganisation unentbehrlich ist, so verpflichten sich sämtliche anwesenden Kollegen, dem Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgebend beizutreten, und, da im Kampfe gegen das Kapital auch Kapital erforderlich ist,

Feilich zum Generalfonds der Maurer Berlins und Umgegend beizutragen, sowie an den „Baubandwerker“ zu abonnieren.“
Der Antrag lautet: Die heutige Versammlung beschließt, um den arbeitslosen bzw. arbeitssuchenden Kollegen es möglichst leicht zu machen, vernünftige, unseren Anforderungen entsprechende Arbeit zu erhalten, Handzettel drucken zu lassen, auf welchen die größten und brutalsten Ausbeuter und Lohndrücker namhaft gemacht werden, damit die Berliner Maurer dieselben stets gut im Gedächtnis behalten.“ Mit einem draufenden dreifachen Hoch auf die Arbeiterbewegung schloß die imposante Versammlung.

Eine zweite Versammlung der Maurer fand am gleichen Tage bei Joel statt. Referent war hier Kollege Wille. Derselbe führte aus: Um solide Bauten aufzuführen, müßten vor allem Dingen die Zwischenunternehmer beseitigt werden. Dieselben suchten sich an den Arbeitern durch Verkürzung der Arbeitslöhne schadlos zu halten, wenn sie bei der Submission auf Staats- und Kommunalbauten durch Unterbieten der Konkurrenten Einbuße erlitten haben. Wenn auch seiner Zeit eine Petition, die u. A. die unbedingte Rothwendigkeit betonte, daß den Maurern der noch der Steuerliste festgesetzte Lohn gezahlt werden müsse, im Nothfall mit allerhand haltlosen Einwendungen abgelehnt worden wäre, so sei es doch notwendig, immer wieder davor anzuklopfen, bis man endlich Gehör gäbe. Wehmüthig, oft noch schlimmer sehe es bei Privatbauten. Redner legte klar, wie durch Einfließen jüngerer und Hinausdrängen älterer Arbeiter die Arbeitslöhne heruntergedrückt und die Arbeitszeit verlängert wird und beleuchtete eingehend die für die Arbeiterklasse hieraus entstehenden überaus traurigen Folgen; im Anschluß hieran allen Kollegen nahelegend, daß nur eine gutgeordnete Organisation, die am Orte selbst domiziliert, Abhilfe schaffen könne. Als empfehlenswerthes Beispiel führte er die Jüterbogger Kollegen an, welche einmüthig die einstündige Arbeit einstellten und zehn stündige Arbeit forderten. Ohne Streik erreichten sie in ganz kurzer Zeit ihren Zweck, nur über einen Meister mußte sie Jücker wegen der Sperre verhandelt werden. An diesem Beispiel sei zur Evidenz erwiesen, daß es unbedingt notwendig sei, den einzelnen Orten größtmögliche Bewegungsfreiheit zu lassen. Einige Redner sprachen im ähnlichen Sinne. P. Wille rügte Mißstände auf dem Bau Charlottenburg, Sophienstr. 1, betreffs der Arbeitszeit. Silberstein tabelte das zurückhaltende Verhalten der Kollegen beim Bau am Rathhausthurm, sowie die dort übliche einstündige Arbeitszeit. Freese berichtete über Mißstände beim Bau Magnus (Polier Fechner), in der Jakobstraße. Klimant meinte, daß an vielen Mißständen die Arbeiter oft selbst mit Schuld hätten. Stolz müßten die Arbeiter als solche sein im Bewußtsein dessen, daß ohne Arbeiter die ganze Menschheit nicht bestehen kann. Nicht in die Vororte hinaus sollten sich die Arbeiter verdrängen lassen, weil man sie in der Stadt nicht mehr sehen wolle und nur dulde, daß sie durch Opfer an Geld und Zeit die Stelle erreichen, auf der sie ihren Verdüngen Schlösser und Villen erstehen lassen. Der Kapitalist glaube, ein Arbeiter wolle nichts, wenn er nichts fordere; deshalb sei es um so mehr Recht und Pflicht des Arbeiters, Forderungen zu stellen, als auf einer Seite grenzenloser Ueberfluß, auf der anderen Seite Noth, Entbehren, Mangel und unwürdige Behandlung zu Tage träten. Ferner wurde mitgeteilt, daß man auf dem Bau Meißner in der Maaßenstr. 10 sogenannte tote Erde verarbeitet, was nach der Vanordnung unzulässig sei, und daß man einen Kollegen, welcher hierauf aufmerksam machte, hierfür eine Behandlung habe zu Theil werden lassen, die aufs Allerhöchste zu tabeln sei. Ferner wurden Mißstände erwähnt, die auf dem Bau Potsdamstr. 30 hinsichtlich der Sammelkosten betrafen. Schulze ermahnte, Bekämpfung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne zu erstreben, um Besserung zu erzielen; hierzu sei jedoch geschlossenes Vorgehen aller Gewerkschaften, der gesamten Arbeiterklasse nöthig. Im Schlussworte hob Wille hervor, daß es weniger der Worte, als entschlossenen energischen Handelns bedürfe, um Besserung zu schaffen. Ein Antrag, man solle an maßgebender Stelle wegen der Mißstände Arbeitszeit beim Rathhausthurm-Bau vorstellig werden, wurde einstimmig angenommen, sowie auch die Resolution, welche im Bericht über die in der Invalidenstr. stattgehabte Maurerverammlung schon veröffentlicht ist.

Nachträgliches zur Buchdruckerversammlung. Gegnerische Mäcker brachten über die letzte Buchdruckerversammlung Berichte, welche so Zweideutiges enthielten, daß eine Nichtigstellung am Plage ist. So gab z. B. der Bericht der „Kreuzzeitung“ eine Stelle der Rede des Sehlisenvertreter's Westka in folgender Weise wieder: „Zukunftsbilder machen und nicht satt; dafür danken wir ergeben.“ (Vehaste Zustimmung.) Und wenn man die Herren, die solche Zukunftsbilder immer mit so schönen Farben ausmalen und das gegenwärtige Elend predigen, vor die Alternative stellt: „Hier, nehmt dies und hofft auf jenes“, so werden sie auch bestens danken, denn sie sind klug, aber sie leben davon, daß die Dummen ihnen glauben. (Zustimmung.) Darum hätten Sie sich vor diesen Leuten. (Stürmisches Bravo.)“

Zu einer öffentlichen Versammlung der Maler und Ausreicher Berlins, welche sehr stark besucht war, referierte am 18. Juli Kollege Schweiber im Anschluß an die acht Tage früher stattgehabte Versammlung über die jetzigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Derselbe schilderte zunächst die im Malerergewerbe herrschende traurige Lage und wies auf die Erregungen des Streiks von 1889 hin, die heut durch die kapitalistische Produktionsweise vollständig für die im Malerbetriebe beschäftigten Arbeiter wieder verloren gegangen sei. Nicht genug, daß die bürgerliche Gesellschaft die Löhne auf die niedrigste Stufe herabgedrückt habe, dieselbe führe das Ausbeutungssystem auch in einer Weise fort, wie es wohl rücksichtsloser nicht mehr getrieben werden könne. Es gelte nun, den Kampf dagegen wieder mit allen nur gefehlichen Mitteln aufzunehmen, um einigermaßen nicht nur verlorengegangene zurückzubekommen, sondern gleichzeitig den Arbeitstagen zu erringen, dadurch die Reservearmee der Arbeiter etwas zu verringern und so dem Ausbeutungssystem einigermaßen Halt zu bieten. Dadurch werde zwar noch nicht das sozialistische Ziel erreicht, aber dem Arbeiter doch etwas bessere Existenz und mehr Gelegenheiten verschafft, sich wissenschaftlich auszubilden, um dann mit um so größerem Nachdruck im Wege der Agitation und Organisation für die Sache der sozialistischen sowie gewerkschaftlichen Bewegung eintreten zu können. Redner führte hierauf einige statistische Zahlen über die jetzigen Löhne an. Der Stundenlohn beträgt bei neunmündiger Arbeitszeit durchschnittlich bei 293 Gd. nach dem Sommer 85, 48 und 67 Pf.; das heißt unter den mit 67 Pf. Bezahlten sind nur die Herren Poliere oder Werkführer zu verstehen. Im Winter beträgt dagegen der Lohn nur 30, 43 und 65 Pf. (Werkführer bei 6-stündiger Arbeitszeit). Von den 293 Gehilfen waren 119 durchschnittlich drei Monate arbeitslos.

Außerdem sind von den 293 Gehilfen 36 im Sommer und 42 im Winter krank gewesen; an jeden Kranken kamen 32 Krankentage, so daß der Durchschnittslohn inklusive der Werkführer 972 M. betrug. Das niedrigste Jahreseinkommen, was von der Mehrheit verdient wurde, betrug 413 M. Die Ausgaben betrugen durchschnittlich für Miete 272 M., Lebensmittel 679 M., Kleider, Schuhe u. s. w. 50—280 M. Nichts ergab sich ein Defizit von 48—600 M. Redner wies zum Schluß seiner Rede auf den Streik der Weber in Rirdorf und Umgebung hin, die in der selben traurigen Lage gewesen wären, und doch den Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise mit Begeisterung geführt hätten. Der Referent erteilte großen Beifall. Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen:
„Die Versammlung der Maler und Ausreicher Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Schweiber einverstanden. Sie beschließt, eine Kommission von fünf Mann zu wählen, welche die geeignenden Schritte in diesem Jahre zu thun hat. Ferner soll dieselbe die Agitation für den nächsten Tag beginnen, um denselben event. im nächsten Jahre zur Durchführung zu bringen. Zu diesem Zweck soll die Kommission in nächster Zeit Versammlungen einberufen, auch sind in den Werkstätten Vertrauensleute zu ernennen, welche an den Sonnabenden den Vertrieb der Agitationsmatten in die Hand nehmen. Die Versammlung beschließt ferner, Alle Mann für Mann, der Vereinigung der deutschen Maler beizutreten und nach besten Kräften für den Agitationsfonds zu streuen.“

In die Kommission wurden Kollege Kölln als Kassirer, sowie die Kollegen Fleischer, S. Kube, Mannewitz und G. Sonath gewählt. Kollege Kölln machte noch bekannt, daß am Montag, den 25. Juli, Abends 8 Uhr, in der Hoffsource wieder eine Versammlung stattfindet, und lud die Kollegen ein, für dieselbe recht feilich zu agitieren. Mit einem draufenden dreifachen Hoch auf die Lohnbewegung sowie den Achtstundentag wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Arbeiter-Bildungsschule. Am 18. Juli hielt Herr Dr. Finz (Lehrer der Schule) einen interessanten, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Völkerverwanderung und das Nationalitätsprinzip“. Damit gelangte der erste Theil der Vortrags-Reihe der Geschichte (Alterthum und Mittelalter) zum Abschluß. In diesen Vorträgen beleuchtete der Referent, von Nutzen der materialistischen Geschichtsauffassung ausgehend, zunächst die Entstehung der Religionen sowie die sozialen Zustände im Alterthum, ferner Kultur und Religion der alten Deutschen, das Verhältnis der Kirche zum Staat im Mittelalter, die Entstehung der Lehre Mohamed's und ihre Bedeutung. Sehr eingehend wurde die Kultur- und Wissenschaftsentwicklung und die für das Mittelalter so charakteristische Ausgestaltung des Feudal- sammt dem Kunstwesen behandelt. In dem letzten, oben zuerst angeführten Referate leitete der Vortragende bereits zur Neuzeit über, deren wesentlichste Epochen im Herbst d. J. in einem besonderen Vortrags- Zyklus behandelt werden sollen. Aus all' diesen Schilderungen ging deutlich hervor, daß die Weltgeschichte nicht von einzelnen Personen gemacht wird, welche landläufige Fabeln man der Jugend noch immer einpaukt, und daß die materialistische Geschichtsauffassung die beste ist, weil nur sie die Vergangenheit so, wie sie wirklich gewesen ist, vor Augen führt und wir daher aus ihr richtige Schlüsse ziehen können darauf, wie die Zukunft sich gestalten wird. Solche Geschichte wird einzig und allein in der Arbeiter-Bildungsschule gelehrt. — Am 1. August beginnt Herr Dr. med. Weyl seine Vorträge im selben Lokal über „Hygiene“. Der Allgemeinheit dieses Themas wegen sei schon jetzt darauf aufmerksam gemacht.

Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Sattler und Berufslosen Deutschlands „Hoffnung“ (G. S. 64), Bezirksverwaltung Berlin, hielt am 18. Juli ihre Hauptmitgliederversammlung ab. Das Andenken der im verfloffenen Quartal verstorbenen vier Mitglieder Alwin Hartmann, Louis Hopf, Ferdinand Kojahn und Eduard Löwe wurde von den Anwesenden durch Erheben von den Sitzen gelehrt. Nach der gegebenen Abrechnung beliefen sich die Einnahmen des zweiten Quartals auf 3777,25 M., hierzu der Bestand des vorigen Quartals: 1249,73 M., ergibt die Gesamtsumme von 5026,98 M. Die Ausgaben erforderten 4265,41 M., es blieb also am 1. Juli ein Bestand von 761,57 M. Gewählt wurden zum Vorstandsmitglied G. Wiese, zum Schriftführer J. Eisefer, zum Revisor Th. Dammann, zu Beisitzern H. Wendi und V. Bötzcher. Ferner wurde der Zentralvorstand beauftragt, in Kürze einen ausführlichen Bericht über den Stand der Kasse in der „Sattlerzeitung“ zu veröffentlichen; außerdem beschloß man, auf Sonntag, den 7. August, Vormittags, eine Hauptmitgliederversammlung einuberufen betreffs Verhaltung der nach beiden Seiten hin ausgearbeiteten Statuten, sowie behufs Wahl der Delegirten zu der am 25. September 1892 in Leipzig stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung.

Noch einmal die Unionsbrauerei. In Nr. 169 des „Vorwärts“ schildert die Diktation der Unionsbrauerei, bezugnehmend auf einen Antrag der Brauer Berlins, welcher im Bericht der Berliner Streik-Kontrollkommission angeführt ist, die Sachlage vollkommen unrichtig. Der Unterzeichnete sieht sich deshalb veranlaßt, der Arbeiterschaft Berlins die nöthige Klarheit zu verschaffen. Die Brauer Berlins haben seit einiger Zeit bei Einführung der Arbeitsordnungen in einzelnen Brauereien böse Erfahrungen machen müssen. So auch bei der Unionsbrauerei. Alle Versuche der Brauergesellen auf Abänderung der von der Diktation der Unionsbrauerei aufgestellten Arbeitsordnung blieben erfolglos, während die übrigen Brauereien die Wünsche ihrer Arbeiter schließlich durchsetzten.

Die Kommission der Brauer Berlins ersuchte nun den Ausschuß der Berliner Streik-Kontrollkommission um eine Vermittlung in dieser Sache. Zwei Mitglieder des Ausschusses und einige Mitglieder der Kommission sprachen darauf bei der Diktation der Unionsbrauerei vor, um eine gütliche Einigung herbeizuführen. Leider jedoch war auch dieser Versuch, die Sache auf gütlichem Wege beizulegen, erfolglos. Der zweite Direktor der Brauerei erklärte vielmehr kurzweg, er habe gar keine Veranlassung, deswegen mit dem Ausschuß der Streik-Kontrollkommission in Unterhandlung zu treten. Seine Leute seien mit der Arbeitsordnung zufrieden und im Bedrücken könnten die Berliner Arbeiter thun was sie wollten; es wäre ihm vollständig gleichgültig. So die Andeutungen des zweiten Direktors der Brauerei. Hervorgehoben soll noch werden, daß bei dieser Unterredung vom Ausschuß der Streik-Kontrollkommission mit keinem Wort des Brauers Feldmeier erwähnt wurde.

Da sich also eine gütliche Regelung dieser Sache auf keine Weise erreichen ließ, und die Brauer der Unionsbrauerei am selben Tage noch außerdem in einer Versammlung einstimmig erklärten, mit der Arbeitsordnung ihrer Brauerei nicht einverstanden zu sein, so wurde in der Versammlung der Berliner Streik-Kontrollkommission vom 15. d. M. folgendermaßen einstimmig beschlossen:
„Die Berliner Arbeiterschaft zu verpflichten, so lange kein Vier der Unionsbrauerei zu trinken und deren Vokale nicht zu besuchen, bis dieselbe die ihr von ihren Arbeitern vorgelegte Arbeitsordnung anerkannt und schriftlich bestätigt hat, das Koalitionsrecht der Brauerer-Arbeiter in keiner Weise zu beeinträchtigen. Ferner spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß der gemahregte Brauer Feldmeier wieder in seine alte Thätigkeit berufen wird.“

Die Berliner Arbeiterschaft wird hieraus ersehen können, daß die Unionsbrauerei, wenn dieselbe die Person des Brauers Feldmeier anführt und die Empfehlung des Boykotts durch die Berliner Streik-Kontrollkommission als durch die Entlassung des Brauers Feldmeier herbeizuführt, hinstellen will — durchaus falsch ist.

Wenn nun am Schlusse des von der Streik-Kontrollkommission angenommenen Antrages der Brauer die Erwartung ausgesprochen wurde, daß der Brauer Feldmeier wieder in Arbeit genommen werde, so ist diese Forderung nebensächlicher Natur, da der Antrag sein Hauptgewicht auf die Arbeitsordnung und die Koalitionsfreiheit legt. Denn wenn von Seiten der Brauererbeamten erklärt wird, daß die Brauer, welche nach Verhandlungen gehen, entlassen werden, wenn der „Vorwärts“ bei Strafe der Entlassung ebenfalls verboten ist, dann muß es um das Koalitionsrecht der Arbeiter der Unionsbrauerei schon selbst bestellt sein. Im Auftrage des geschäftsführenden Ausschusses der Berliner Streik-Kontrollkommission.
Hermann Faber, SO., Grünauerstraße 4, Hof 1 Treppe.

- Freie Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Schönberg und Umgegend. Die regelmäßige Mitgliederversammlung für diesen Monat am 22. Juli. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Abrechnung der Mitglieder, Wahl des Vorstandes, Beschlüsse.
- Zentralverband deutscher Handwerker, Arbeiterinnen und Berufslosen. Bericht über die Verhandlungen der Generalversammlung in Berlin, den 14. d. M.
- Einigkeit der Hausdiener. Generalversammlung am Donnerstag, Abends 9 Uhr, bei Sommer, Grünstr. 21.
- Einigkeit der Hausdiener. Generalversammlung am Donnerstag, den 21. Juli, im Vereinslokal bei Albert, Hundsbürgerstr. 22.
- Einigkeit der Hausdiener, Greifere und Fährtenmacher Berlins und Umgegend. Generalversammlung am Donnerstag, den 21. Juli, Abends 8 Uhr, bei Sommer, Grünstr. 21.
- Einigkeit der Hausdiener und Metzger. Generalversammlung am Donnerstag, den 21. Juli, Abends 8 Uhr, bei Sommer, Grünstr. 21.
- Einigkeit der Hausdiener. Generalversammlung am Donnerstag, den 21. Juli, Abends 8 Uhr, bei Sommer, Grünstr. 21.
- Einigkeit der Hausdiener. Generalversammlung am Donnerstag, den 21. Juli, Abends 8 Uhr, bei Sommer, Grünstr. 21.

Arbeiter-Bildungsschule. Donnerstag, Abends 8—10 Uhr: Süd-Schule: Bogelbergstr. 22: Unterricht im Rechnen; Südost-Schule: Reichensbergerstr. 129: Unterricht in Geschichte (alt); Ost-Schule: Reichensbergerstr. 129: Unterricht in Rechnen; Nord-Schule: Reichensbergerstr. 179a: Unterricht in Deutsch (militäre) und Chemie. In alle Lehrbücher, mit Ausnahme der Mathematik und Buchführung, können noch Schüler und Schülerinnen, auch jezt im Laufe des Semesters, eintraten.

Arbeiter-Bildungsschule. Donnerstag, Abends 8—10 Uhr: Süd-Schule: Bogelbergstr. 22: Unterricht im Rechnen; Südost-Schule: Reichensbergerstr. 129: Unterricht in Geschichte (alt); Ost-Schule: Reichensbergerstr. 129: Unterricht in Rechnen; Nord-Schule: Reichensbergerstr. 179a: Unterricht in Deutsch (militäre) und Chemie. In alle Lehrbücher, mit Ausnahme der Mathematik und Buchführung, können noch Schüler und Schülerinnen, auch jezt im Laufe des Semesters, eintraten.

Arbeiter-Bildungsschule. Donnerstag, Abends 8—10 Uhr: Süd-Schule: Bogelbergstr. 22: Unterricht im Rechnen; Südost-Schule: Reichensbergerstr. 129: Unterricht in Geschichte (alt); Ost-Schule: Reichensbergerstr. 129: Unterricht in Rechnen; Nord-Schule: Reichensbergerstr. 179a: Unterricht in Deutsch (militäre) und Chemie. In alle Lehrbücher, mit Ausnahme der Mathematik und Buchführung, können noch Schüler und Schülerinnen, auch jezt im Laufe des Semesters, eintraten.

Arbeiter-Bildungsschule. Donnerstag, Abends 8—10 Uhr: Süd-Schule: Bogelbergstr. 22: Unterricht im Rechnen; Südost-Schule: Reichensbergerstr. 129: Unterricht in Geschichte (alt); Ost-Schule: Reichensbergerstr. 129: Unterricht in Rechnen; Nord-Schule: Reichensbergerstr. 179a: Unterricht in Deutsch (militäre) und Chemie. In alle Lehrbücher, mit Ausnahme der Mathematik und Buchführung, können noch Schüler und Schülerinnen, auch jezt im Laufe des Semesters, eintraten.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abgemessen ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wehrt sich aber gleichmüthig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiziert zu werden.

Achtung Klempner!
Bzgl. der Listen, welche vom Sachverden der Klempner ausgeben wurden, ohne gekennet zu sein, ersuche ich diejenigen Kollegen, die im Besitz solcher sind, mir dieselben auf schnellstem Wege zuzuführen, da ich bis heute weder weiß, wieviel gedruckt noch wieviel ausgegeben sind.
H. Winter, Vorkstr. 11.

Vermischtes.

Heber die Luft- oder vielmehr die Meerfahrt der drei geretteten Luftschiffer Porliß (Kapitän des Nationalen Jupiter) Demeyer und Besancon berichtet die Köln. Volksztg. Näheres. Porliß, der schon am Sonntag, den 10., in Havre ein Mal aufgestiegen war, sah am Montag wohl, daß das Wetter sehr schlecht war; aber er unternahm auch die zweite Fahrt, indem er höchstens ein kleines Fälsbad beschränkte und hoffte, daß im Falle der Noth eines der Schiffe, die in gleicher Richtung zur See gehen sollten, ihn und seine Gefährten aufnehmen würde. Kaum waren sie aber im Korbe, als der Wind sie festig nach dem Kanal hinaus- trug und das Ankerseil riß. Durch den stürmenden Regen schwer gemacht, sank der Jupiter und das Schiffchen freierte die Meerfläche. Porliß und Besancon kletterten in den Ring hinauf, während Demeyer unten blieb und bald bis an den Hals im Wasser stand. Die zwei oben hängenden belamen ihren Theil Nash in Gestalt von Schwämmen, die ihnen wie Riesenhirschen an die Köpfe flogen. Das wahrte volle neun Stunden, und mehr als ein Mal glaubten

die Drei im Kampf zu unterliegen. Sie flogen an vielleicht vierzig Schiffe mehr oder minder nahe vorbei, ohne daß eine Rettung möglich gewesen wäre. Um fünf Uhr Morgens ruhete der Jupiter beinahe auf den Wellen, und die Germania sandte einen Rettungslahn mit vier rüstigen Matrosen aus, welche nach unsäglichem Anstrengen und mit eigener Lebensgefahr die Schiffbrüchigen heranzogen, ausnahmen und zur Germania brachten, den Jupiter nachziehend. Diesen ließ man aber fahren. Porlie, der am schlimmsten daran war, wurde in das Bett des Kapitäns gelegt und mit warmen Lächern gerieben. Alle drei erhielten die beste Pflege und gute Matrosenkleider, die sie nach Paris mitbrachten. Alle sind von Dankbarkeit gegen die wackeren Hamburger erfüllt und schwören, ein zweites Mal möchten sie ein solches Abenteuer nicht bestehen.

Die Dampferkataklysmen auf dem Genfer See wird noch ein sehr ernstes Nachspiel haben. Die Kesselexplosion des Dampfers „Montblanc“ scheint die Folge einer unehörschten Nachlässigkeit gewesen zu sein. Nach der „Allg. Schweizer Ztg.“ ist Ingenieur Samuel Rochat seit mehr als 25 Jahren Direktor der

Große öffentl. Steinmeherversammlung

am Donnerstag, den 21. Juli, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Weigand, Alte Jakobstraße Nr. 48a.
Tages-Ordnung:
1. Feststellung eines Marmor-Tarifs. 2. Verschiedenes.
Sämmtliche Steinmehrer, besonders die in Marmorarbeiten, sind verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.
291/20 Der Vertrauensmann.

Ordentliche Mitgliederversammlung

der Central-Krankenkasse der Maurer, Steinhaue, Studateure etc. (Grundstein zur Einigkeit)
am Sonntag, den 24. Juli, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Brodnow (früher Orschel), Sebastianstraße 39.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des Kassens von 2. Quartal und Bericht der Revisoren.
2. Wahl des ersten Bevollmächtigten, des zweiten Kassiers, des ersten Schriftführers und der drei Revisoren.
3. Innere Kassenangelegenheiten.
229/16 Die örtliche Verwaltung.

Unterstützungsverein der Maurer im Westen Berlins.

Großer Sommernachts-Ball

am Sonntag, den 23. Juli 1892, im Etablissement „Königshof“, Bölow-Strasse No. 37. Um 12 Uhr Kaffepause, während derselben Gesangsvorträge.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Billets, für Herren 50 Pf., für Damen 25 Pf., sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen sowie bei den Komiteemitgliedern zu haben.
487/3 Das Komitee.



Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft.
Express- und Postdampfschiffahrt.
Hamburg - New-York
Southampton anlaufend
Oceanfahrt 6 bis 7 Tage.
Ausserdem Beförderung mit directen deutschen Post-Dampfschiffen von Hamburg nach
Havre, Antwerpen, Baltimore, Boston, New-Orleans
Brasilien La Plata, Montreal, Ost-Afrika
Transvaal Natal, Westindien, Mexico, Havanna
von Havre nach New-York, von Stettin nach New-York und von Antwerpen nach Montreal und Boston.

Nähere Auskunft erteilt: **Mahler & Pietsch**, Berlin N., Invalidenstraße 121, **August Langer**, Berlin, Platz vor dem Neuen Thor 3, **M. Apel**, Berlin, Unter den Linden 21 (nur für Cafés-Passagiere, sowie die **Direktion in Hamburg, Dovenfleth 18/21.**

Charlottenburg.

Wallstr. 46, Brauerei Gambrinus, Bismarckstr. 23, empfiehlt helles Lagerbier (Gambrinusbräu) und dunkles Versandbier (Gambrinusverfandt). 2828L

Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anstalt, Neue Jakobstr. 9, Brunnstr. 123, Andraastr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. f. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mk. p. Pfd., Bettbed. gef. 1,25 Mk. p. Stk. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzentfernung von blaugelbten Kammgarn-Garderoben. 2616L

Zahnarzt Robert Wolf, Chausseestr. 123, am Oranienburger Thor.
Künstliche Zähne von 2 M. an, Plomben von 1,50 M. an, Schmerzloses Zahnziehen 1 M. Kassenmitglieder zahlen Kassenpreise. 2675L
Sprechstunden von 8-7 Uhr.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) **1,50 Mk.**
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Waunnsstr. 38, a. d. Oranienplatz.
Empfehle den werthen Vereinen zur kommenden Herbstsaison meinen 400 Personen fassenden **Speis-Saal**.
E. Herzog, Gastwirth, 1120b Remelerstraße 67.

Große Nähmaschine zu verkaufen. H. Petrah, Lüderstr. 41. 1119b
Schankgesch. verl. Dübner, Simeonstr. 24

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 21. Juli.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Bettelestudent.
Froll's Theater. Der Troubadour.
Ständ-Theater. Heinrich Heine.
Vorher: Das Sonntagskind von Berlin.
Sollikance-Theater. Gefährliche Mädchen.
Adolph Ernst-Theater. Ein alter Gallobri.

Berl. Sommer-Theater
(Boek - Brauerei, Tempelhofer Berg).
Donnerstag, den 21. Juli:

Spezialitäten I. Ranges.
Drei Geschw. Neumann, Gesangs-Trio.
Georg Rösser, Gesangs - Humorist.
Gebr. Schwarz, Mlle. Adrienne Ancion, Dora Ebert, Curt Ellis.
Zum 16. Male:
Ein moderner Rasiralon.
Posse m. Gesang in 1 Akt v. L'Arronge.
Inszenirt von Paul Paull.
Gold und Silber.
Grosses Ballet-Divertissement.
Prima Ballerina: Marie Ala. 6 Solotänzerinnen, ein Solotänzer, Corps de Ballet 20 Damen.
Anfang: des Konzerts 6 1/2 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Täglich: Gross Vorstellung.

Viktoria-Brauerei.
Löhner-Strasse 111/112. Im Konzertgarten resp. Saal.
Täglich (außer Sonnabends):
Stettiner Sänger.
Stets wechselnd. Programm.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entrée 50 Pfg.
Wochentagsbillets à 40 Pfg. (S. Plakate).

Passage-Panoptikum.
Neu!
Blaue Grotte mit Wasser, Föhnen u. Beleuchtungseffekten.
Neu!
Eine Kriminalgeschichte in sieben lebensgroßen Gruppen.

Castan's Panoptikum.
Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Moabiters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten.**
Anfang 4 Uhr. Entrée 30 Pfg. 2295L
Hellmuth Peters.

Altes Schützenhaus, Linienstr. 5, (neu renovirt) empfiehlt sich den werthen Vereinen zu allen Festlichkeiten, sowie Versammlungen. 819 b

Franz Beyer, Berlin N., Chausseest. 103.
Billigte Bezugsquelle für Wein, Liqueure, Rum, Cognac, Fruchtsäfte. 2725L

Gr. Vereinszimmer, separat mit auf einige Tage, Goltzowstr. 40, G. Hof.

unversehrt, die meisten nach stehenden Häuser drohen einzustürzen. Die Bevölkerung kampirt im Freien.

Literarisches.

Die „Allgemeine Medizinische Central-Zeitung“, welche jetzt im 61. Jahrgang steht, hat Verlag und Redakteur gewechselt. Sie erscheint nunmehr im Verlage von O. Gobiens, Berlin, und wird redigirt von Dr. D. Lohnein. Sie wird fortan außer den praktischen Fächern noch mehr die theoretischen Disziplinen der Medizin, soweit sie der Praxis dienen, berücksichtigen, daneben auch über Verhandlungen der ärztlichen Vereinigungen pünktlich Bericht erstatten, sowie die medizinische Buchliteratur besprechen. Die Zeitschrift erscheint zweimal wöchentlich und ist gnt redigirt.

Verlags-Buchhandlung des „Vorwärts“

Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuth-Strasse No. 2.

Sodern erschien:

Lieferung 1

Sozialpolitisches Handbuch.

Herausgegeben von

Dr. H. Lux-Magdeburg.

Erscheint in 5 Lieferungen à 30 Pfennig.
Dieselben gelangen in Zwischenräumen von 14 Tagen zur regelmäßigen Ausgabe. Komplett broschirt und gebundene Exemplare werden in ca. 8 Tagen fertig gestellt sein und wollen sich die Besteller auf solche bis dahin gebulden.

Das „Sozialpolitische Handbuch“ ist für jeden Genossen, der sich hervorragend an der Agitation beteiligt, öffentlich austritt, und dem Segner gegenüber schlagfertig sein muß, ein unentbehrliches Hilfsmittel. Der Verfasser hat, unterstützt von Mitarbeitern, mit diesem Werke ein Nachschlagewerk geschaffen, welches in den wichtigsten Fragen über die proletarische Bewegung, ihre treibenden Kräfte, ihre wirtschaftlichen und politischen Widerstandsmomente Aufschluß giebt.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Alle Buchhandlungen, Kolporteure und Zeitungsbedeure nehmen Bestellungen entgegen. Bei Aufträgen von Auswärts bitten wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages. (Porto extra.)

Verlagsbuchhandlung des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuthstraße 2.

Sodern erschien:

Grundsätze und Forderungen

der Sozialdemokratie.

Erläuterungen

zum

Erfurter Programm

von Karl Kautsky und Bruno Schönbank.

64 Seiten. Groß-Oktav. Preis geheftet 10 Pfennig.
Wie die Liebtnecht'sche Broschüre „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen“ die Erklärung unseres alten (Vothaer) Programms bildete, so handelt es sich bei der vorliegenden Schrift um die Erläuterung unseres neuen, in Erfurt beschlossenen Parteiprogramms. Jeder Genosse, der sich in den Dienst der Partei stellt, sollte sich die Massenverbreitung dieser Broschüre, die dazu angethan ist, für unsere Sache neue Anhänger zu gewinnen, an gelegen sein lassen.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Alle Buchhandlungen, Kolporteure und Zeitungsbedeure nehmen Bestellungen entgegen. Bei Aufträgen von Auswärts ersuchen wir um gleichzeitige Beifügung des Betrages. (Porto extra.)



Pommersche Küche, N.O., am Büschingplatz im Hause der Apotheke: Mittagstisch 30 Pf., Bouillon, Braten u. Kartoffeln oder Gemüse mit Fleisch. Abendstisch 30-50 Pf. Um geneigten Zuspr. bittet **W. Runge**, Büschingstr. 15.

Allen Freunden, Bekannten u. Parteigenossen empfehle mein **Beiß- und Bairisch-Bierlokal.**
Fr. Cornelius, Biesenstraße 43.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Schlosserei, gangbare, verk. billig Schäfer, Reichenbergerstr. 10. 657M

Gratverkauf der Genossenschaft Marzflusstr., Alte Blumenstr. (1118b)

Sinderwagen. Größtes Lager Berlins Andraastr. 23. H-y

Ewinemünderstr. 45/46 billige Wohnungen: Vorderhaus 3 Zr. 2 Stuben u. Küche 330 M., Vorderhaus 4 Zr. 2 Stuben u. Küche 310 M., Hinterhaus 2fenstrige Stube u. Küche 180 M. (1051b)

Grünauerstraße 25
Stube u. Küche von 77 Thlr. an zum 1. 10. 92. Näheres bei H. Linke Grünauerstr. 27, hochpart. 10555

Im Verlag des „Vorwärts“ vorrätlich:
Soziale Weckrufe
Gedichte von **Fritz Kunert.**
96 Seiten. — Preis 40 Pfennig.

Vereinszimmer d. Flick, Simeonstr. 23.

Grünkraut-Geschäft mit neuer Rolle Holz u. Kohlen, gangbar, in best. a. verl. Bergemann, Kremmerstr. 1, D. H.

Arbeitsmarkt.
Zwei Kohrleger und 2 Arbeiter verlangt sofort C. Dichte, Schöneberg, Sedanstraße 24. 1116b

Prakt. Arzt
(bewährter Parteigenosse) sucht für Herbst d. J. in Nord- oder Süd-Deutschland ausgiebige Praxis als Rassenarzt. Offerten sub B. 83 an die Expedition des „Vorwärts“. 1114b